

böll | thema

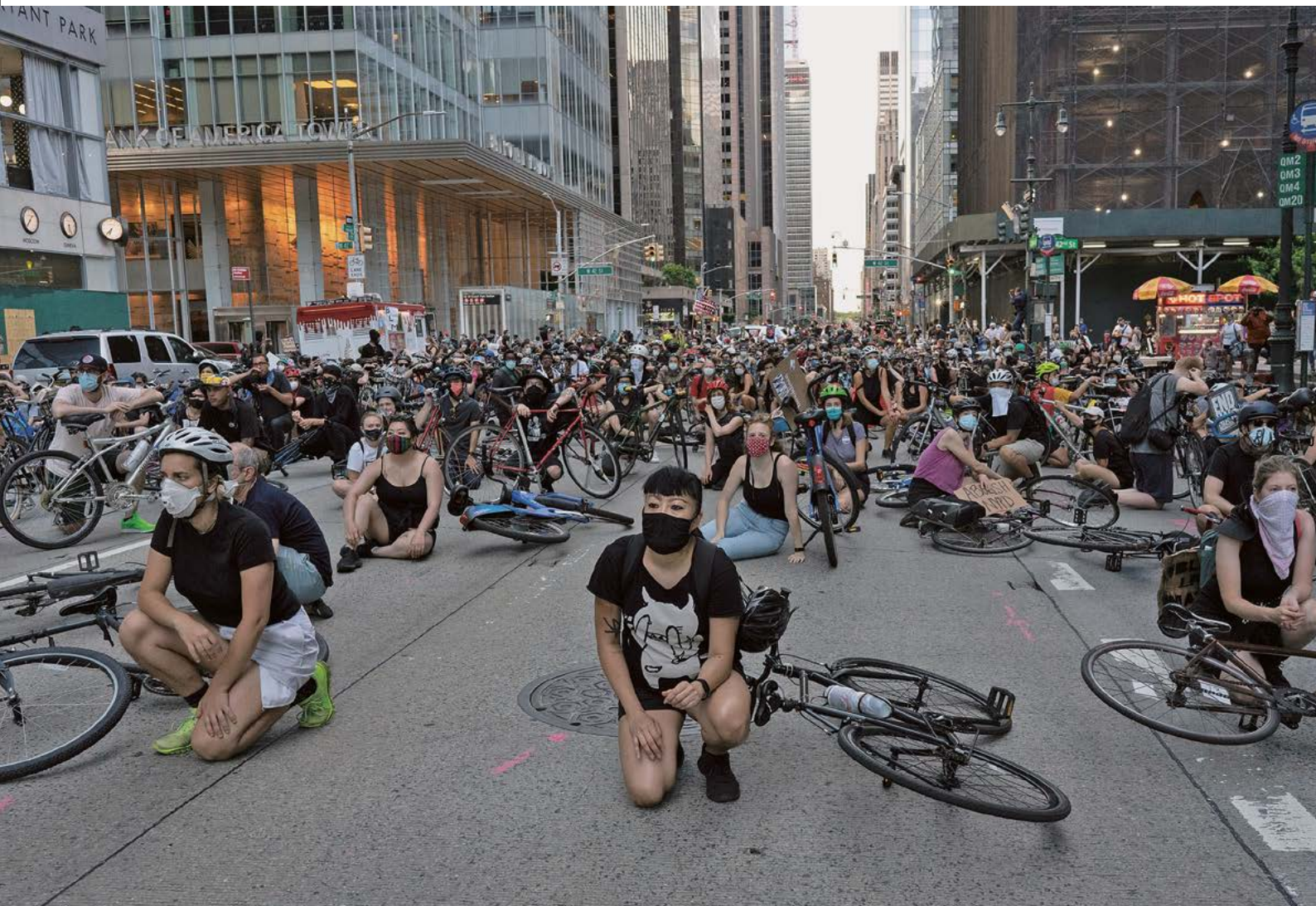
Neuerfindung: Der Journalist Hannes Stein glaubt an die Zukunft der USA

Entdeckung: Wie junge Aktivist*innen die Zukunft der USA gestalten wollen

20-3

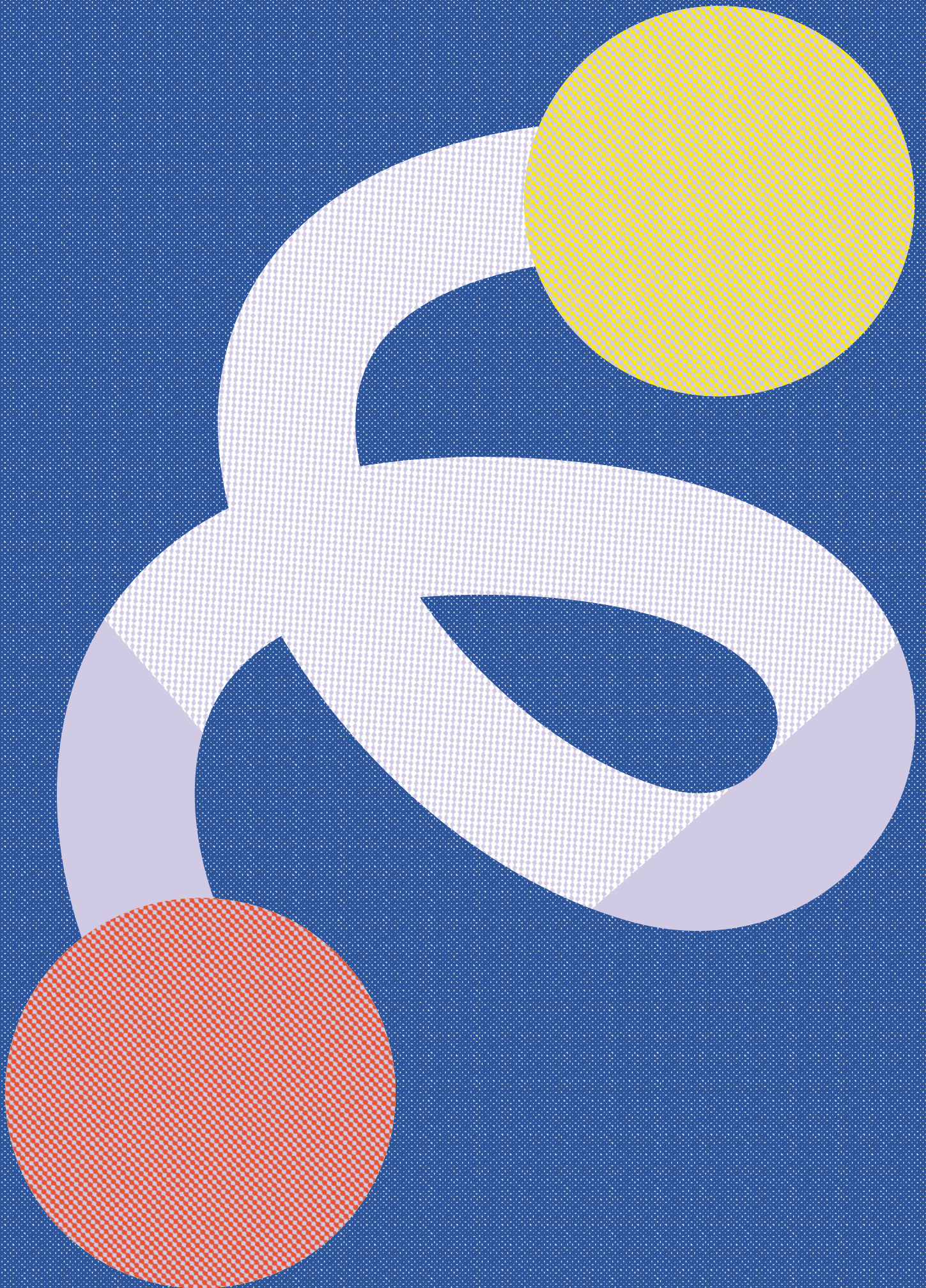
Aufruf: Zeit für eine transatlantische digitale Agenda

Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung



Transformer

Transatlantische Beziehungen im Wandel



Liebe Leserinnen und Leser,
eine ungebremsste Pandemie-Ausbreitung mit tausenden Toten, Proteste gegen Polizeigewalt, zerstörtes Vertrauen in öffentliche Institutionen, gebrochene Verträge, Handelskriege, eine dysfunktionale Regierung, vom Präsidenten ganz zu schweigen. Das ist das USA-Bild, das sich uns vielfältig vermittelt. Wie gebannt richtet sich der Blick auf den scheinbar alles entscheidenden 3. November, den Tag der Präsidentschaftswahlen. Kann der amtierende 45. Präsident sein Amt trotz der verheerenden Bilanz verteidigen, oder wird Joe Biden, der Demokrat, gewinnen?

Aber die USA sind nicht nur das. Und es ist auch nicht der einzige Blickwinkel, unter dem die transatlantischen Beziehungen zu bewerten sind. Tiefe Verwurzelung kultureller Gemeinsamkeiten und die von vielen diesseits und jenseits des Atlantiks geteilte Sehnsucht nach Freiheit und Demokratie bleiben. «Transatlantisches Verhältnis» bedeutet mehr als das Verhältnis des Weißen Hauses zu Europa und zu uns.

Dieses Heft möchte ein eingegengtes USA-Bild wieder erweitern und verändern – Leuchttürme der ökologischen Transformation sind ebenso zu sehen wie Menschen, die sich für Vielfalt, Geschlechtergerechtigkeit, Klimaschutz und strengere Waffengesetze einsetzen.

Was aber vor allem Zuversicht vermittelt, ist eine neue Generation von Transatlantiker*innen – eine, die jünger und weiblicher ist und die Pluralität unserer Einwanderungsgesellschaften widerspiegelt. Sie kommt hier zu Wort und wird Sie überzeugen: Die USA sind anders, als wir oftmals denken!

Ihre Ellen Ueberschär



Ellen Ueberschär
Vorstand der
Heinrich-Böll-Stiftung

Editorial

- 1 Von Ellen Ueberschär

Wo wir stehen

- 3 Ein Aufruf an die nächste Generation
Von Rachel Rizzo

Essay

- 6 Ein Blick auf die Beziehungen Post-COVID-19
Von Torrey Taussig

Gespräch

- 8 «Das kriegt auch kein Präsident kaputt»
Karen Donfried (German Marshall Fund) und Omid Nouripour (Sprecher der grünen Bundestagsfraktion)
Interview:
Johanna Roth

Dossier

- 10 Die Ökologische Transformation wächst – Initiativen in den USA
Text: Nora Löhle

Statement

- 16 Aminata Touré über Verbündete auf der anderen Seite des Atlantiks

Großes Interview

- 18 «Wir müssen uns neu erfinden!»
Der Journalist Hannes Stein wanderte vor Jahren in die USA aus. Trotz Donald Trump hofft er auf eine bessere Zukunft für sein neues Heimatland.
Interview: Jörg Wimalasena

In Bildern

- 22 Die Entdeckung Amerikas
Eine Generation junger Amerikaner*innen ist auf dem Weg, die USA zu einem besseren Ort zu machen. Sie kämpfen gegen den Klimawandel und für Frauenrechte, gegen Rassismus und für den Schutz von LGBTQI.
Text: Mohamed Amjahid
Fotos: Carolyn Drake

Essay

- 28 Und sie kämpfen weiter: Die Rolle von Frauen in der US-Politik
Von Lara Putnam

Begegnungen

- 30 Expats in Berlin
Die deutsche Hauptstadt hat sich zum Sehnsuchtsort junger Amerikaner*innen entwickelt.
Text:
Philipp Brandstädter

Besuch

- 34 Fritteuse statt Tischkicker
Das Pfizer Building in New York ist ein Inkubator der Food-Szene – und Vorbild für Start-ups in Deutschland.
Text: Jörn Kabisch

Aufruf

- 36 Es ist Zeit für eine transatlantische digitale Agenda
Von Julia Reda

Dialog

- 38 «Wir blicken realistischer auf China»
Die US-Sicherheitsberaterin Julie Smith diskutiert mit dem Europaabgeordneten Reinhard Bütikofer über das Verhältnis zu China.
Interview: Felix Lee

International

- 40 Kolonialismus, Rassismus und Sklaverei: Es wird Zeit, sich zu erinnern
Von Sam Fulwood III

Kurzinterview

- 42 «Klar machen, wofür man steht»
Die Politologin Célia Belin über die wachsende Gefahr des Rechtspopulismus
Interview:
Johanna Roth

Das letzte Wort

- 44 Desto mutiger müssen wir träumen
Von Lin Hierse



Ein Aufruf an die nächste Generation

In Zukunft werden sich die USA und die EU noch stärker um die Beständigkeit und Vitalität ihrer Beziehung bemühen müssen. Am wichtigsten wird dabei sein, dass der künftige Dialog die gesellschaftlichen, demographischen und politischen Realitäten auf beiden Seiten des Atlantiks widerspiegelt. Das bedeutet zum Beispiel, dass in Washington und Brüssel alle Teile der Gesellschaft vertreten sein müssen.

Text: Rachel Rizzo

In den vergangenen siebzig Jahren waren die Vereinigten Staaten von Amerika und Europa engste Verbündete. Geeint durch ihre gemeinsame Geschichte und hervorgehend aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs bauten sie ihre Beziehung auf einem Fundament von Diplomatie, Wirtschaft, Sicherheit und gemeinsamen Werten auf. Heute steht die Zukunft dieser Beziehung jedoch auf dem Spiel. In den vergangenen Jahren haben Donald Trump und seine Regierung die europäischen Verbündeten derart brüskiert, dass die Beziehung bis in ihre Grundfesten erschüttert scheint. Politische Führungsfiguren und Bürger/innen auf beiden Seiten des Atlantiks stellen mittlerweile den Nutzen der transatlantischen Partnerschaft offen in Frage.

Wir stehen heute daher an einem Scheidepunkt. Dies ist zugleich eine Gelegenheit, der amerikanisch-europäischen Partnerschaft neues Leben einzuhauchen und sie so zu gestalten, dass sowohl politische Prioritäten als auch die Entscheidungsträger/innen auf beiden Seiten des Atlantiks aktuelle gesellschaftliche Realitäten widerspiegeln.

Jahrelang hatten die Verfechter/innen der transatlantischen Beziehungen in Wissenschaft, Politik und Regierungskreisen zu meist eine persönliche Verbindung zu ihren Verbündeten jenseits des Atlantiks. Oft hatten die Eltern oder Großeltern im Zweiten Weltkrieg gekämpft, einige waren während des Höhepunkts des Kalten Krieges in Europa bzw. in den Vereinigten Staaten gewesen und hatten dort aus erster Hand erlebt, wie wichtig transatlantische Eintracht in Zeiten globaler Unsicherheit ist. Nun aber rücken geopolitische Ereignisse wie der Zweite Weltkrieg und der Kalte Krieg in den Geschichtsbüchern immer weiter nach hinten, und damit schwindet auch die Zahl derer, die noch persönliche Verbindungen zu diesen Ereignissen haben. In Zukunft werden sich die transatlantischen Partner daher noch stärker darum bemühen müssen, die Beständigkeit und Vitalität der Beziehungen zu wahren.

Die nächste Generation außenpolitischer Denker/innen in den Vereinigten Staaten (in diesem Beitrag ist mit «nächster Generation» die Generation Z der Jahrgänge 1996–2010 und die Millennials der Jahrgänge 1981–1996 gemeint) konzentriert sich heute zunehmend auf andere geopolitische Brennpunkte wie den Indopazifikraum und den Nahen Osten. So wächst prozentual der Anteil der US-Amerikaner/innen, die im nichteuropäischen Ausland studieren.



Außerdem stellen nach Angaben des US-Außenministeriums «Studierende der MINT-Fächer, also Landwirtschaft, Ingenieurwesen, Gesundheitswesen, Mathematik, Informatik und Physik oder Biowissenschaften, mit 25 Prozent den größten Anteil der Studienaufenthalte im Ausland». Aus dem Bereich der Sozialwissenschaften kommen hingegen nur 17 Prozent. Überdies ist diese Generation als erste in einer vollständig digitalisierten und global vernetzten Welt aufgewachsen. Viele wollen einfach ins Ausland, um ihre internationalen Freund/innen aus virtuellen Netzwerken auch im realen Leben zu treffen.

Damit auch die nächste Generation Interesse daran zeigt, amerikanisch-europäische Beziehungen in ihre berufliche Laufbahn einzubeziehen, müssen sich die ihr zugrunde liegenden Prioritäten ändern. Zu lange war die transatlantische Partnerschaft von einer viel zu eng gefassten Vision geprägt, die vor allem auf Sicherheit und Verteidigung abzielte. In den Gesprächen zwischen transatlantischen Partnern geht es oft um russische Aggression, militärische Strategien und Verteidigungsausgaben. Doch das sind nicht die Themen, die die nächste Generation beschäftigen. Die Millennials (und die noch jüngere Generation Z) in den USA sind mit dem Scheitern des Irak-Kriegs groß geworden. Auf sie wirkt die Welt weniger bedrohlich als auf ihre älteren Mitbürger/innen, und sie stehen weitaus weniger hinter der Idee des «amerikanischen Exzeptionismus».





Laut einer Studie des Center for American Progress fühlen sich die Millennials in den Vereinigten Staaten «dem traditionellen internationalen und militärischen Engagement weitaus weniger verpflichtet als ältere Kohorten und befürworten weitaus stärker globales Handeln in Fragen wie Klimawandel, Menschenrechte und würdevolle Lebensstandards für alle Menschen». Dasselbe gilt weitgehend auch auf der anderen Seite des Atlantiks: Laut Eurobarometer machen sich jüngere Europäer/innen «Sorgen über Rassismus und andere Formen von Diskriminierung sowie über den Klimawandel. Sie sind proeuropäischer eingestellt als frühere Generationen und eher bereit, noch weitere politische Befugnisse an Brüssel abzugeben».

Militarismus ist eindeutig keine treibende Kraft für die nächste Generation; viele sind sogar offen dagegen. Die steigende Popularität der progressiven Linken in den Vereinigten Staaten bzw. der Europäischen Grünen in der EU zeigt, dass sich die politischen Prioritäten verändern. Das bedeutet, dass wir Gefahr laufen, die nächste Generation außenpolitischer Denker/innen zu verlieren, wenn eng gefasste Sicherheitspolitik weiterhin die Triebfeder der transatlantischen Beziehungen bleibt. In Zukunft muss die Beziehung auf Themen fußen, welche die Prioritäten der jungen Generation auf beiden Seiten des Atlantiks besser widerspiegeln, also Klimawandel, Menschenrechte oder die Benachteiligung großer Bevölkerungsteile. Sicherheit und Verteidigung sind dabei zwar nach wie vor wichtig, sollten aber im Rahmen einer breiter gefassten transatlantischen Zusammenarbeit betrachtet werden.

Damit dieser Wandel stattfinden kann, müssen alle, die mit transatlantischen Beziehungen befasst sind, auf allen Ebenen die heutige gesellschaftliche Demographie besser repräsentieren. Wer zum Beispiel einmal an einer großen Konferenz zur amerikanischen oder europäischen Außenpolitik teilgenommen oder an einem Runden Tisch in Washington, Berlin, Brüssel oder London gesessen hat, weiß, dass dort immer noch mehrheitlich weiße, männliche Teilnehmer am Tisch sitzen, oft aus der Generation der Babyboomer. In Europa vertreten nur vier Prozent der aktuellen Europaparlamentarier/innen ethnische Minderheiten, obwohl diese 10 Prozent

der EU-Bevölkerung ausmachen. In den Vereinigten Staaten sind nur 22 Prozent des 116. Kongresses People of Color. Dieser Wert ist zwar höher denn je, allerdings identifizieren sich 39 Prozent der US-Bevölkerung als nicht-weiß. Frauen stellten 2018 nur ein Drittel des außenpolitischen Personals der US-Regierung, deutlich weniger als ihr Anteil an der gesamten Erwerbsbevölkerung des Landes (47 Prozent). In der EU sieht es etwas besser aus, doch auch dort sind nur etwa 40 Prozent der derzeitigen Europaparlamentarier/innen Frauen.

Im vergangenen November verfasste eine Gruppe progressiver transatlantisch gesinnter Millennials vor diesem Hintergrund einen offenen Brief. Darin ging es um die Notwendigkeit, den «Transatlantic so White»-Kreislauf aufzulösen. Es heißt dort: «Wenn die Beziehungen zwischen den USA und Europa das Vorankommen aller Menschen befördern sollen, müssen in den Gängen in Washington und Brüssel auch alle Segmente der Gesellschaft vertreten sein und in den Diskurs über die Zukunft der transatlantischen Beziehungen einbezogen werden.» Dies bedeutet, «Pipelines für vielfältige und repräsentative politische Führung aufzubauen und in unseren eigenen Regierungseinrichtungen Inklusion zu praktizieren». Auch bedeutet es, «Veranstaltungen und Konferenzen wie die People of African Descent Week im Europäischen Parlament – die von mehreren Mitgliedern des Congressional Black Caucus unterstützt wurde – auf die Hauptbühne zu stellen und nicht mehr an den Rand des transatlantischen Diskurses zu delegieren».

Eine starke transatlantische Partnerschaft erscheint vielen als eine Selbstverständlichkeit – das muss aber nicht unbedingt so bleiben. Die transatlantische Beziehung in ihrer gegenwärtigen Form bedurfte Jahrzehnte enger Zusammenarbeit und gegenseitiger Vertrauensbildung. Leider haben uns die vergangenen Jahre gezeigt, wie zerbrechlich sie ist und wie leicht jahrzehntelange Bemühungen und Fortschritte zunichtegemacht werden können. Die transatlantischen Beziehungen sind stark genug, um vier Jahre Belastung zu überstehen, doch wenn es auf unbestimmte Zeit so weitergeht, werden sie irgendwann nicht mehr zu retten sein. Das darf nicht geschehen. Es liegt an der nächsten Generation, dafür Sorge zu tragen.

Rachel Rizzo ist Adjunct Fellow am Center for a New American Security und Fellow der Robert Bosch Stiftung.



Essay: Torrey Taussig

Ein Blick auf die Beziehungen Post-COVID-19

Die transatlantische Gemeinschaft stand bereits vor dem Ausbruch der Pandemie vor gewaltigen innen- und geopolitischen Herausforderungen. Die Pandemie verstärkt diese Tendenzen und macht zugleich deutlich, warum Kooperation auch in Zukunft unerlässlich ist.

Vor nur wenigen Monaten, im November 2019, feierte die Welt das 30-jährige Jubiläum des Mauerfalls und des Niedergangs des Kommunismus in Osteuropa. Wir haben einen Moment innegehalten und dieses Wendepunktes für die Demokratie in Europa gedacht, und einer Periode, in der das wiedervereinte Deutschland zu einem der engsten Partner der USA auf der Weltbühne wurde. Wir haben uns darauf besonnen, dass die treibenden Kräfte hinter den Bewegungen des Jahres 1989, die Werte demokratischer und freier Gesellschaften, zu den Grundpfeilern der transatlantischen Gemeinschaft wurden.

Heute ist in genau den Ländern, die einst die Leuchttürme der liberalen Wende waren, die Euphorie von 1989 gewichen. Die Demokratie hat mit schweren Rückschlägen zu kämpfen. Gesellschaften auf beiden Seiten des Atlantiks sind mit mächtigen populistischen und nationalistischen Bewegungen konfrontiert. In den USA ritt Präsident Trump auf einer rechtspopulistischen Welle ins Weiße Haus und wird weiterhin von einer starken Basis unterstützt. In Europa sind rechtsextreme Parteien inzwischen in 23 von 28 Parlamenten vertreten. Die liberale Demokratie steht auf beiden Seiten des Atlantiks vor einer großen Herausforderung.

Gerade in dieser Zeit, da wir die Lehren von 1989 neu entdecken und pflegen müssten, ist das Vertrauen zwischen den Vereinigten Staaten und ihren europäischen Partnern auf einem Tiefststand. So sind wir schlecht gewappnet für die Herausforderungen der kommenden Ära, vor die uns autoritäre Staaten, technologischer Fortschritt, Migration und wachsende Ungleichheit in unseren Gesellschaften stellen. Während die Trump-Regierung das Verhältnis zwischen den USA und Europa immer weiter auf die Zerreißprobe stellt, steht Europa unter dem Druck seiner eigenen geopolitischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen.

Im vergangenen Jahrzehnt war die EU mit einer Reihe von Krisen konfrontiert. Dazu gehörten die weltweite Finanzkrise von 2008, die anschließende Schuldenkrise der Eurozone, Russlands Annexion der Krim und die Invasion der Ukraine 2014, mehrere furchtbare Terroranschläge, eine andauernde Flüchtlingskrise, der Brexit, ein aufstrebendes, spalterisches China und nun die COVID-19-Pandemie. Mangelnde politische Stabilität auf beiden Seiten des Atlantiks und Rückschläge in den transatlantischen Beziehungen wiederum beeinträchtigen die weltweite Stabilität und den liberalen Charakter der internationalen Ordnung.

1. Die Rückkehr der Geopolitik

Noch bevor die Coronavirus-Pandemie die Welt zum Stillstand brachte, deutete sich im Jahr 2020 ein Wendepunkt in den transatlantischen Beziehungen an. Mangelnde Transparenz öffentlicher Institutionen, Korruption, zunehmende Ungleichheit und die Auswüchse der Globalisierung hatten das Vertrauen vieler Bürger und Bürgerinnen in ihre Regierungen schwinden lassen. Eine digitale Revolution hatte begonnen, ganze Gesellschaften auf den Kopf zu stellen. Dies entfachte politische Debatten über neue Themen – von automatisierten Industrien bis hin zum digitalen Datenschutz. Die US-Außenpolitik hatte ihren Schwerpunkt bereits verlagert – weg vom globalen Terrorismus hin zum nationalen Wettbewerb mit autoritären Staaten, allen voran Russland und China.

Nach Ansicht der Vereinigten Staaten verfolgen sowohl Russland als auch China drei Ziele, wenn auch mit unterschiedlichen Mitteln und unterschiedlichem Machtniveau: Sie wollen sich militärische und wirtschaftliche Einflussphären in der eigenen Weltregion sichern. Sie wollen demokratische Institutionen und Normen aushöhlen. Und sie wollen die westliche Dominanz in der internationalen Ordnung schwächen.

Europa hat seine eigene, davon abweichende Position zu China formuliert. Einerseits sieht es Peking als einen wichtigen wirtschaftlichen und multilateralen Partner. Andererseits betrachtet es China als strategischen Rivalen, da die Kommunistische Partei Chinas in ihrem technologischen Vorherrschaftstreben versucht, in Europa und andernorts ein autoritäres digitales Modell voranzutreiben.

Während die transatlantischen Partner mit Demokratiedefiziten und Herausforderungen seitens autoritärer Staaten zu kämpfen haben, sind zugleich die Vereinigten Staaten selber zu einer destabilisierenden Kraft für Europa geworden. Nach Meinung vieler Menschen in Europa ist Präsident Trump der erste US-Präsident seit dem Zweiten Weltkrieg, der das europäische Projekt nicht nur missachtet, sondern ihm offen feindselig gegenübersteht. An der wirtschaftlichen Front führt die Trump-Regierung einen Zollkrieg mit den europäischen Partnern, indem sie unter dem Deckmantel nationaler Sicherheitspolitik Zölle auf Stahl und Aluminium verhängt und mit Importzöllen auf Kraftfahrzeuge droht.

In Sicherheitsfragen hat Präsident Trump immer wieder den Wert der NATO in Frage gestellt und dabei das Bündnis wie eine Organisation von Schutzgelderpressern behandelt. Politisch haben sich die Vereinigten Staaten aus multilateralen Abkommen zurückgezogen, die für Europa von entscheidender Bedeutung sind. Dazu zählt das Pariser Klimaabkommen und das Atomabkommen mit Iran. In einer Ära heftigen Machtwettbewerbs scheint die Trump-Regierung die Europäische Union als Konkurrenten und sogar als «Feind» zu betrachten.

2. Die Welt nach der Pandemie

Vor diesen gewaltigen Herausforderungen stand die transatlantische Gemeinschaft bereits vor dem Ausbruch der Pandemie. Es ist gut möglich, dass sich diese innen- und geopolitischen Herausforderungen in einer Welt danach nur noch beschleunigen werden.

Innenpolitisch werden die aus der Pandemie folgenden Gesundheits- und Wirtschaftskrisen die wirtschaftliche Unsicherheit und Ungleichheit verschärfen, die ohnehin schon Misstrauen gegenüber demokratischen Regierungen geschürt hatten. Außenpolitisch werden Russland und China versuchen, die Krise zu nutzen, um ihre innenpolitische Macht zu festigen und ihren Einfluss im Ausland auszubauen. Vor allem China befeuert eine Reihe von Verschwörungstheorien über den Ursprung des Virus und kritisiert die Reaktionen der USA und Europas auf die Pandemie als unwirksam und schwach. Moskau und Peking wollen die Vereinigten Staaten schon seit langem schwächen, die Attraktivität demokratischer Institutionen schmälern und im Westen Zwietracht säen. Dieselben Ziele verfolgen sie auch in dieser Krise.

3. In der Krise Optimismus finden

Die gegenwärtigen Spannungen sind das Ergebnis jahrzehntelanger destabilisierender Faktoren, der Machtspiele Russlands und Chinas und nun der unmittelbaren Bedrohung durch die Pandemie. Sie sollten uns jedoch nicht dazu verleiten, die Zukunft der transatlantischen Gemeinschaft und der amerikanisch-deutschen Beziehungen verloren zu geben. Vielmehr ist dieser Moment ein neuer Aufruf zu Fortschritt und Widerstandsfähigkeit in einer sich wandelnden Weltordnung.

Um unsere Resilienz zu stärken, werden wir innenpolitisch die Gesellschaftsverträge zwischen Regierungen und Bürgern und Bürgerinnen neu gestalten müssen. Die Ursachen der wirtschaftlichen Unzufriedenheit und des Misstrauens in demokratische Institutionen können auf diese Weise adressiert werden. Zudem können Europa und die USA in ihren bilateralen und multilateralen Beziehungen weiterhin eine wertebasierte Agenda fördern. Dazu gehören der Umgang mit den von China ausgehenden Herausforderungen und die Förderung demokratischer Standards mit Bezug auf Künstliche Intelligenz (KI) und neue Technologien, die den Bedürfnissen freier Gesellschaften dienen. Darüber hinaus muss eine starke Klima-Agenda in unser wirtschaftliches, politisches und soziales Gefüge integriert werden und es müssen strenge Maßnahmen zur Bekämpfung von Korruption ergriffen werden.

Vor allem müssen wir auch inmitten dieser Krise erkennen, dass unsere demokratischen Institutionen und Normen ständig verteidigt und immer wieder neu belebt werden müssen. Demokratie bleibt stets ein unvollendetes Projekt. Wir müssen verantwortungsvolle und transparente politische Führung fordern – und auch wählen. Die Pandemie macht deutlich, wie stark nationalistische Spaltungen essentielle internationale Zusammenarbeit bedrohen – von der Impfstoffforschung bis hin zu koordinierten wirtschaftlichen und steuerpolitischen Reaktionen. Die Pandemie hat gleichzeitig aufgezeigt, warum wir einander mehr denn je brauchen. Wir sollten diesen Moment der Klarheit nicht einfach an uns vorbeiziehen lassen.

Torrey Taussig ist W am Belfer Center des Kennedy Instituts der Harvard-Universität. Sie leitet unter anderem das Projekt «Transatlantic Relations 2021», eine Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

«Das kriegt auch kein Präsident kaputt»

Sollte sich Europa in Zukunft stärker auf sich selbst besinnen? Und ist es dazu überhaupt in der Lage?

Ein Gespräch zwischen Karen Donfried vom German Marshall Fund und Omid Nouripour, außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von B'90/Die Grünen

Interview: Johanna Roth

Frau Donfried, Herr Nouripour, wie steht es um die europäisch-amerikanische Freundschaft im Zeitalter von Donald Trump?

Karen Donfried (KD): Sie ist immer noch sehr bedeutend für beide Seiten. Aber es ist alles viel emotionaler als früher. Wir haben jetzt einen Präsidenten, der findet, dass Europa Amerika unfair behandelt. Auch, wenn er in manchen Punkten recht hat – Stichwort Verteidigungsausgaben –, ist die Art, wie er mit unseren Freunden umgeht, sehr ungewöhnlich. Man sieht, wie stark das Vertrauen zwischen beiden Seiten schwindet, und die Corona-Krise macht es noch schwieriger.

Omid Nouripour (ON): Wir dürfen eins nicht vergessen: Es gibt in den USA eine Zivilgesellschaft, die mit uns reden will. Die viele ähnliche Interessen hat wie wir, die viele unserer Werte teilt. Das kriegt auch kein Präsident kaputt. Was mich bedrückt, sind

gar nicht unbedingt politische Differenzen in bilateralen Gesprächen, sondern es ist der Zustand der amerikanischen Innenpolitik. Der Umgang zwischen Demokraten und Republikanern und diese Sprachlosigkeit, die da herrscht, tragen sich weiter in die transatlantischen Beziehungen, und das schadet der Zusammenarbeit am Ende mehr als ein Streit über Inhaltliches.

Sollte Europa sich stärker auf sich selbst besinnen?

ON: Das sollte es, und zwar im doppelten Sinne. Einerseits insofern, als wir uns auch an die eigene Nase fassen müssen, anstatt immer nur über die anderen zu lästern. Im Juni 2017 bin ich nach West Virginia in den Wahlkreis gefahren, in dem Trump bundesweit die meisten Stimmen bekommen hatte. Es gab dort keinen Arzt, keine gescheite Wasserversorgung, als gastronomisches Angebot eine einzige McDonald's-Filiale. Ich habe mir vorher so viel Armut gar nicht vorstellen können, nicht in der westlichen Hemisphäre. Wenig später war ich in Ostvorpommern. Da braucht ein Krankenwagen möglicherweise auch 90 Minuten bis zu einer alten Frau mit Herzinfarkt. Die Menschen dort stellen sich die gleiche Frage wie in West Virginia: Wozu zahle ich eigentlich Steuern? Andererseits finde ich auch: Bestimmte Sachen kann man nicht einfach so stehen lassen. Etwa, dass Donald Trump immer wieder die Flüchtlingsbewegung nach Deutschland als Negativbeispiel heranzieht, um seine Mauer durchzusetzen. Damit schadet er dem Ansehen Deutschlands in der Welt.

KD: Die USA brauchen ein starkes Europa, das war immer eine Doktrin amerikanischer Außenpolitik. Aber Europa

muss auch für sich selbst stärker werden. Interessant ist, wie sehr das Bedürfnis nach europäischer Souveränität gegenüber den USA davon abhängt, wen man fragt. Wenn ich nach Paris fahre, höre ich: Amerika ist kein verlässlicher Partner mehr, wir müssen mehr nach europäischer Autonomie streben, die alten Zeiten sind endgültig vorbei. Dann fahre ich nach Berlin. Dort meint man, das sei doch eher etwas Zyklisches, und mit dem nächsten Präsidenten gehe es bestimmt ein Stück weit zurück zu traditionellerer Zusammenarbeit. Dann fahre ich nach Warschau, und die Polen sagen: Also wir mögen Donald Trump. Außerdem heißt unser Nachbar Russland, und wir sind uns nicht sicher, dass Deutschland und Frankreich uns da verteidigen würden.

Wie könnte man denn hier einen kleinsten gemeinsamen Nenner finden?

KD: Das hängt mit Führungsstärke zusammen, aber auch mit einer Politik der kleinen Schritte. In der Corona-Pandemie werden dazu gerade wichtige Weichen gestellt. Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die wir alle gerade erleben, ist größer als alle derartigen Krisen zuvor. Dafür braucht Europa ganz dringend eine gemeinsame Antwort. Schafft es das nicht, werden auch die USA die Europäische Union nicht ernst nehmen.



Herr Nouripour, Ihre Parteivorsitzende Annalena Baerbock hat schon bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar gesagt, Europa sei der größte Binnenmarkt der Erde und solle in handelspolitischen Fragen entsprechend selbstbewusst auftreten. Ist es der richtige Weg, einen Handelskrieg zu provozieren?

ON: Natürlich müssen sich die Europäer gerade in Wirtschaftsfragen einig sein. Schon allein deshalb, weil man sich ausrechnen kann, was passiert, wenn



sich die USA überall zurückziehen wie kürzlich aus der Weltgesundheitsorganisation. Diese Lücke wird ganz schnell ausgenutzt werden, und zwar von China. Annalena Baerbock hat insofern völlig recht, als die Europäer sich darauf besinnen müssen, wo sie stark sind: als Wirtschafts- und Wertegemeinschaft. Was sie nicht gemeint hat, ist, dass wir jetzt herumlaufen und mit Handelssanktionen drohen sollten. Denn da zieht man gegen Trump natürlich den Kürzeren. Aber wir sollten auch nicht so tun, als seien wir unserem Schicksal ausgeliefert. Europa kann sehr viel, und wir sollten damit auch selbstbewusst umgehen. Das bedeutet aber nicht »Europe first«, sondern internationale Kooperation und eine regelbasierte Weltordnung.



Ein wiederkehrender Konfliktpunkt zwischen den USA und Europa ist das Thema NATO. Trump hat vielfach den europäischen und vor allem den deutschen Beitrag zu dem Bündnis kritisiert, und auch immer wieder anklingen lassen, dass er die Nato verzichtbar findet. In letzter Zeit ist es darum wieder ruhiger geworden. Woran liegt das?

KD: In Bezug auf die NATO gibt es einen ganz klaren überparteilichen Konsens, der so tief verankert ist, dass er sogar Trump ausbremsen würde, wenn er es darauf ankommen ließe. Es ist zwar schwer vorherzusagen, was passiert, wenn Trump wiedergewählt wird. Vielleicht fühlt er sich dann unangreifbar und versucht wirklich, aus der NATO auszusteigen. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass er dafür eine Mehrheit in seiner eigenen Partei oder gar im Kongress bekäme. Dazu ist dort die Überzeugung dann doch zu groß, dass gute Beziehungen zu Europa auch im amerikanischen Interesse sind.

Herr Nouripour, Sie sind auch im Vorstand der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, das Verständnis für die NATO zu vertiefen. Was für ein Verständnis hat die NATO im Jahr 2020 denn eigentlich von sich selbst?

ON: Was in Trump-Zeiten sicherlich eine Herausforderung ist, ist das ungeklärte

Verhältnis der USA zu Russland. Aber mal davon abgesehen darf man nicht unterschätzen, was für eine stabilisierende Wirkung die NATO auch für den Zusammenhalt Europas hat. Es gibt überall Gräben – finanzpolitische, energiepolitische, migrationspolitische – und es gibt die Ost-West-Frage: Wer schützt die baltischen Staaten vor Russland? Sie selbst glauben, dass nur die NATO sie schützen kann, aber nicht die EU. Das sind Ängste, die man verstehen muss.

Wie sollte die transatlantische Kooperation der Zukunft aussehen?

KD: Das hängt wesentlich davon ab, wer die Präsidentschaftswahl im November gewinnt. Der zweite Unsicherheitsfaktor bei der Beantwortung dieser Frage ist die Coronavirus-Pandemie und welche Schlüsse wir daraus ziehen. Entweder wir verstehen, wie wichtig internationaler Zusammenhalt ist, oder die Tendenzen, sich ins Nationale zurückziehen, werden noch stärker werden.

ON: Ich glaube, Europa wird auch hier am erfolgreichsten sein, wenn wir zu schätzen wissen, was wir an uns selbst haben. Wir sollten nicht immer nur darüber reden, was alles nicht läuft. Um die Milchquote, die die EU heute leise und effektiv regelt, hätte es vor 200 Jahren Kriege gegeben! In der Friedens- und Konfliktforschung gibt es den Begriff der »Power Projection«, den ich

sehr schlaue finde. Machtprojektion ist das, was passiert, wenn die Russen ein Nuklear-U-Boot für drei Minuten in der Bucht von Stockholm auftauchen lassen – das reicht, dass drei Jahre lang in ganz Skandinavien davon geredet wird. Die EU hat ganz viele – nichtmilitärische – Möglichkeiten, ihre Macht zu projizieren. Vor allem die politische und wirtschaftliche Erfolgsgeschichte der europäischen Integration. Sie macht es nur noch nicht. Das muss sich ändern.

Karen Donfried ist Präsidentin des German Marshall Fund of the United States (GMF), ein Thinktank mit Sitz in Washington, D.C., der sich der Stärkung der transatlantischen Beziehungen widmet.

Omid Nouripour ist außenpolitischer Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion. Er ist Mitglied im Vorstand der Atlantik-Brücke und Beisitzer im Vorstand der Deutschen Atlantischen Gesellschaft.

Johanna Roth berichtet als freie Korrespondentin aus den USA, u.a. für Zeit-Online.



Dossier: Nora Löhle

Die Ökologische Transformation wächst – Initiativen in den USA

Engagierte Menschen aus Forschung, Kunst, lokaler Politik und Zivilgesellschaft geben der Umweltbewegung eine Stimme und treiben den Kampf gegen den Klimawandel voran.

Pionierinnen aus der Klimaforschung

Eunice Newton Foote

US-amerikanische Erfinderin und Forscherin auf dem Gebiet der Atmosphärenchemie mit Fokus auf die Klimawirksamkeit von Treibhausgasen. Als erste Forscherin weltweit erkannte sie einen direkten Zusammenhang zwischen der Kohlenstoffdioxid-Konzentration in der Luft und der Erwärmung der Erdatmosphäre. Damit identifizierte sie eine wichtige Komponente des Treibhauseffekts. Ihre Forschungsergebnisse wurden 1856 bei einer Tagung von einem männlichen Kollegen vorgetragen, da Frauen nicht das Recht hatten, sich zu Wort zu melden. Da verwundert es nicht, dass Eunice Newton Foote auch Frauenrechtsaktivistin war.



Kate Marvel



Als Klimaforscherin entwickelt sie Klimamodellierungen, um die Erderwärmung besser voraussagen zu können. Dabei untersucht Kate Marvel vor allem den Effekt von Wolken. Als Schriftstellerin und Rednerin kommuniziert sie ihre Forschungserkenntnisse einem breiten Publikum, um auf die gravierenden Auswirkungen des Klimawandels aufmerksam zu machen. Im Magazin *Scientific American* schreibt sie regelmäßig Beiträge in ihrer Kolumne *Hot Planet* und erklärt zum Beispiel, warum der globale Klimawandel unsere Existenz bedroht und nicht mit dem Argument «das Wetter hat sich in der Vergangenheit immer wieder verändert» banalisiert werden kann.

Indigene Bevölkerung spielt zentrale Rolle in der Umweltbewegung

Xiuhtezcatl Martinez

Mit der Umweltorganisation *Earth Guardians* kämpft der junge Klimaaktivist und Musiker Xiuhtezcatl Martinez gegen die fatalen Umwelt- und Klimazerstörungen durch die Fossilindustrie und deren Auswirkungen für indigene Bevölkerungsgruppen. Sein Appell: Als globale Bürger*innen müssen wir uns alle für den Erhalt der Erde einsetzen. Bereits im Alter von 14 Jahren schreibt Xiuhtezcatl Martinez den Song «Speak for the Tree» für die Klimakonferenz in Paris 2015.



Are we the last generation of our people
We must rise up and fight for our freedom
If I plant one seed I can grow a whole forest
I can bring back the trees that we all need and cherish
I can feel the pain of the mother earth and I know
That when the sun fades away and the lights burn low
I turn my head to the sky and gaze into the stars
Is this why were really hear is this who we really are
Put down our axes for the future generations
Restore our ancient forests mass reforestations
...

Protestlieder



Marvin Gaye

(*1939; †1984)
Politische Protestlieder spielen in den USA eine wichtige Rolle und haben eine lange Tradition, ob in der Bürgerrechtsbewegung oder der Umweltschutzbewegung.

Bei Protestmärschen und Kundgebungen werden sie von großen Menschenmengen gesungen und entfalten eine eindruckliche Wirkung. Musikerlegende Marvin Gaye beschreibt in seinem Song «Mercy, Mercy Me (The Ecology)» von 1971 die zunehmende Umweltzerstörung.

Whoa, ah, mercy mercy me
Oh things ain't what they used to be, no no
Where did all the blue skies go?
Poison is the wind that blows from the north
and south and east
Whoa mercy, mercy me,
Oh things ain't what they used to be, no no
Oil wasted on the oceans and upon our seas,
fish full of mercury
Ah, oh mercy, mercy me
Ah things ain't what they used to be, no no
Radiation under ground and in the sky
Animals and birds who live nearby are dying
Oh mercy, mercy me
Oh things ain't what they used to be
What about this overcrowded land
How much more abuse from man can she stand?
...

Filme zu Klimawandel und Umweltzerstörung

Paris to Pittsburgh

Chasing Corals

An Inconvenient Sequel:
Truth to Power

From the Ashes

A Fierce Green Fire

The Human Element

Before the Flood

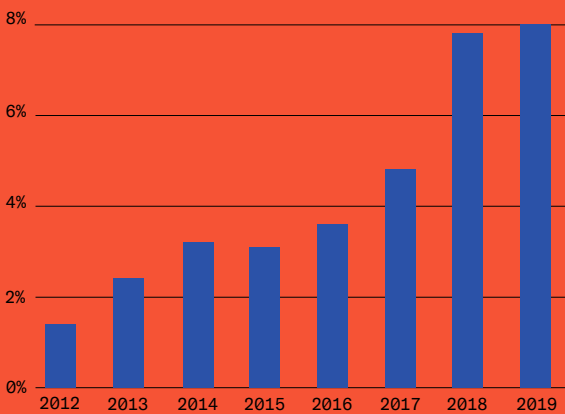
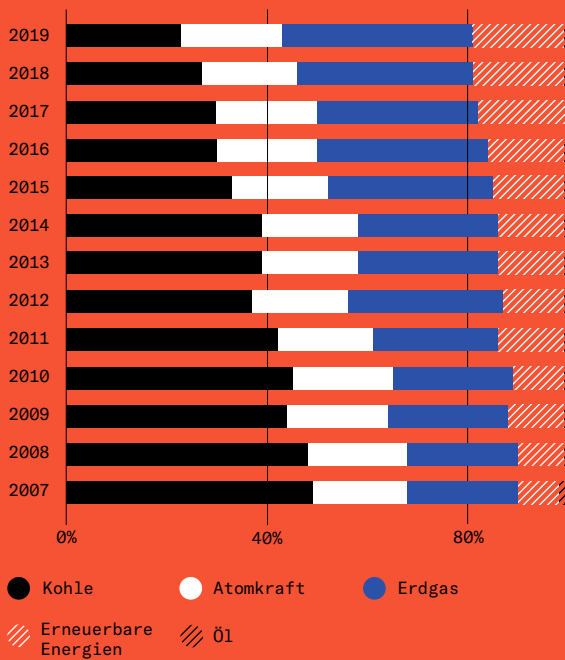
Online-Magazine mit klimapolitischem Fokus

Grist
www.grist.org

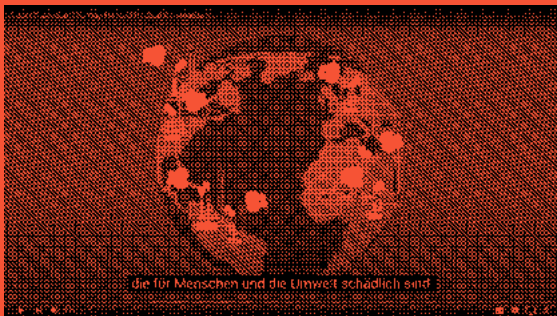
Yes! Magazine
www.yesmagazine.org

CityLab
www.citylab.com





8% der verkauften Neuwagen in Kalifornien sind mittlerweile Elektroautos



Das Video «A Just Transition: The Way Forward for Coal Communities» zeigt, wie sich Kohleregionen neu erfinden und mit Stolz an ihre industriellen Errungenschaften erinnern.

Stromproduktion: Erneuerbare Energien erobern den Markt

Der Anteil Erneuerbarer Energien steigt in den USA kontinuierlich an und lag 2019 bei 18 Prozent. Die Kohleproduktion hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als halbiert. Dafür boomt Gas, als neue fossile Gefahr, dank enormer Investitionen in die Fracking-Technologie.

Kostenloser Nahverkehr in Olympia, Bundesstaat Washington

Um den Verkehr in der Stadt Olympia im Bundesstaat Washington zu reduzieren, sind seit Januar 2020 alle Busfahrten kostenlos. Das Angebot wird positiv von den Anwohner*innen angenommen und zeigt bereits Wirkung: Die Anzahl der Nutzer*innen des öffentlichen Nahverkehrs ist im ersten Monat bereits um 20 Prozent gestiegen.

Just-Transition-Bewegung in Kohleregionen

In den USA hat sich eine Just-Transition-Bewegung in ehemaligen Kohleregionen etabliert, die für eine soziale und ökologische Transformation kämpft. Sie setzt sich aus Umweltorganisationen, Bürgerrechts- und Klimaaktivist*innen, Gewerkschaften und Künstler*innen zusammen, die gemeinsam innovative Ideen für einen Strukturwandel in ihrer Gemeinde entwickeln. Durch Förderprogramme werden ehemalige Kohlearbeiter*innen zu IT-Fachkräften und Landwirten ausgebildet, Forstwirtschaft und Gesundheitswesen werden als neue Arbeitgeber angesiedelt. Mit Kleinkrediten werden Projekte zur Förderung von Erneuerbaren Energien und Energie-Effizienz-Maßnahmen unterstützt. Die Heinrich-Böll-Stiftung engagiert sich in einem transatlantischen Austausch zwischen Community-Vertreter*innen aus Kohleregionen. Gemeinsam entwickeln sie Strategien und nachhaltige Programme, die den Kohleausstieg möglich machen. Die Erfahrung, dass wir alle voneinander lernen können und unterschiedliche Aspekte mitbringen, motiviert die Akteure, gestärkt ihre Arbeit voranzutreiben.

Solarenergie in Puerto Rico: lokal, resistent und nachhaltig

Puerto Rico ist regelmäßig von Erdbeben und Hurrikans betroffen. Aufgrund seines zentralen Energiesystems kommt es dabei häufig zu Stromausfällen. Durch den Hurrikan Maria im Jahr 2017 wurden 92 Prozent der Gebäude und das Energiesystem in Puerto Rico massiv beschädigt. Tausende Menschen verloren ihre Lebensgrundlage, und trotzdem stellte die US-Regierung nur zögerlich und viel zu spät Hilfsmittel zur Verfügung. In dieser Situation nahm die Organisation Casa Pueblo die Sache selbst in die Hand. Innerhalb kürzester Zeit installierten sie an 150 Orten auf der Insel Solarpanels, um die Energieversorgung für besonders Bedürftige wie ältere Menschen sowie Krankenhäuser und Restaurants zu gewährleisten. Damit leisteten

sie außerdem einen ersten wichtigen Schritt hin zu einer lokalen und damit resistenteren, nachhaltigen Energieversorgung in Puerto Rico.

RecoveryPark – Projekt kombiniert Resozialisierung und Urban Farming in Detroit

Ehemalige Straftäter*innen und Menschen mit Drogensucht haben es in den USA besonders schwer, Arbeit zu finden und ein neues Leben aufzubauen. Es fehlt sowohl an einem funktionierenden Sozialstaat als auch an einer Kultur der Resozialisierung. In Detroit (Michigan), wo die Arbeitslosigkeit besonders hoch und manche Stadtteile wie ausgestorben sind, ist die Situation umso prekärer. Das Non-Profit-Unternehmen RecoveryPark bietet innovative Hilfe: Es eröffnet diesen Menschen eine neue Arbeits- und Lebensperspektive, indem es sie ausbildet, ihnen einen bezahlten Job anbietet und sie bei der Wohnungssuche unterstützt. Auf brachliegenden Flächen in Detroit bauen sie in Gewächshäusern Gemüse an, das an umliegende Restaurants verkauft wird. Neben der sozialen Komponente dient das Projekt zugleich einer nachhaltigen und lokalen Lebensmittelversorgung.



Environmental Racism & Environmental Injustice

Umweltzerstörung hängt in den USA eng mit Rassismus und Ungerechtigkeit zusammen. Die Begriffe *environmental racism* und *environmental injustice* beschreiben die in den USA traurige Realität, dass umweltschädliche Industrien stets in Wohnvierteln von Menschen mit dunkler Hautfarbe und/oder niedrigem Einkommen angesiedelt werden. Als Konsequenz erleiden sie gesundheitlichen und finanziellen Schaden, während die Fossilindustrie die Profite einstreicht. Umweltstandards sind oft nur lax und werden nicht verfolgt. Sacrifice land nennen sich diese hoch vergifteten und quasi aufgegebenen Landstücke. Zivilgesellschaftliche Organisationen und betroffene Gemeinden haben vehement auf den Zusammenhang hingewiesen und mithilfe von medialer Berichterstattung erfährt diese Ungerechtigkeit in den letzten Jahren mehr Aufmerksamkeit.

Beispiel: Death Alley

Die Region entlang des Mississippi zwischen New Orleans und Baton Rouge in Louisiana ist seit Jahrzehnten bekannt als Cancer Alley (Krebszone), mittlerweile wird sie sogar Death Alley (Todeszone) genannt. Hier leben überwiegend Afroamerikaner*innen.

1957 kaufte DuPont die ehemalige Plantage Belle Pointe, die früher von 150 Sklav*innen bearbeitet wurde. Auf diesem Gelände begann DuPont petrochemische Kraftwerke zu bauen. Im Wissen, welchen toxischen Gefahren sie die Anwohner*innen aussetzten, führten sie die dunkle Geschichte des Rassismus fort. Mittlerweile betreibt die Fossilindustrie – ExxonMobil, Koch, Shell & Co. – hier über 150 Kraftwerke, die durch giftige Emissionen die Luft verschmutzen und krebserregende Stoffe freisetzen.

a Das RecoveryPark-Team in einem ihrer Gewächshäuser in Detroit.

b Die Organisation «Concerned Citizens Of St. John Parish» warnt Anwohner*innen vor Krebsgefahr.

c Sunrise-Movement-Aktivist*innen beim Klimastreik im September 2019 in Providence, Rhode Island.

«Der Kampf gegen Klimawandel und Umweltzerstörung ist in den USA eng verknüpft mit Fragen von sozialer Ungerechtigkeit.»

Eine Studie der Umweltbehörde hat nachgewiesen, dass diese Region das höchste Krebsrisiko in den USA hat, es liegt 50 Mal höher als der Landesdurchschnitt. Und leider überrascht es nicht, dass die Death Alley eine der höchsten Todesraten im Zusammenhang mit dem Coronavirus hat.

Republikanischer Bürgermeister setzt Solar-Revolution in Gang

Rex Parris ist Geschäftsmann, Republikaner und Bürgermeister der Stadt Lancaster in Kalifornien. Der Ort mit seinen 160.000 Einwohner*innen liegt in der Mojave-Wüste, hier scheint das ganze Jahr über die Sonne. Dieses Potenzial für Solarenergie hat Parris erkannt und fing 2014 an, auf öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Stadien und dem Rathaus Photovoltaik zu installieren. Mittlerweile sind es mehr als 32.000 Solarpanels. Als Anreiz für private Haushalte oder Firmen wurde ein unbürokratisches Antragsverfahren eingerichtet. Die Genehmigung für ein Solardach dauert keine 15 Minuten. Bereits über 5.000 Hausbesitzer*innen haben Solarpanels installiert. Lancaster kann an manchen Tagen seinen gesamten Strombedarf mit Solarenergie decken. Durch den Umstieg auf Solarenergie spart die Stadt und ihre Schulen jedes Jahr um die 460.000 US-Dollar an Stromkosten ein. Etwa 1.300 neue Jobs in der Solarindustrie wurden geschaffen. Ein chinesischer Elektrobus-Hersteller hat sich in Lancaster angesiedelt und beschäftigt über 500 Menschen. Rex Parris ist auf dem besten Weg, sein Ziel zu erreichen: Lancaster, das Silicon Valley für Erneuerbare Energien.

Daraufhin haben zehn Bundesstaaten – Kalifornien, Connecticut, Hawaii, Minnesota, New York, North Carolina, Oregon, Rhode Island, Virginia und Washington – gemeinsam mit 289 Städten und Kommunen sowie elf Stammesgemeinschaften die Initiative «We Are Still In» ins Leben gerufen. Damit erklären sie, dass sie sich nach wie vor zu den internationalen Klimazielen bekennen und auf lokaler Ebene ihren Kampf gegen den Klimawandel stärker vorantreiben werden. Ihre gemeinsame Erklärung hat durchaus Gewicht, denn sie repräsentieren über die Hälfte aller US-Amerikaner*innen.

Green New Deal verbindet soziale Gerechtigkeit mit Klimaschutz

Mit dem Green New Deal wird in den USA derzeit ein Konzept wiederbelebt, das aus der Ära Roosevelt stammt. Es soll Antworten auf die Klimakrise und die soziale Ungleichheit liefern.

Hervorgebracht wurde der Ruf nach einem Green New Deal im Herbst 2018 durch das Sunrise Movement. Diese Bewegung junger Klimaaktivist*innen hatte sich als Reaktion auf die Wahl von Trump gegründet und über 300 Gruppen landesweit aufgebaut. Sie starteten eine schlagkräftige Kampagne und führten an zahlreichen Orten «Town Hall»-Diskussionen zum Green New Deal durch. Ihre Strategie hatte Erfolg – innerhalb kurzer Zeit mobilisierten sie tausende Unterstützer*innen und beeinflussten maßgeblich die Agenda der Demokratischen Partei.

Der Green New Deal ist nichts weniger als der Ruf nach einer lebenswerten Zukunft und einem neuen Gesellschaftsvertrag für die Vereinigten Staaten von Amerika. Das Konzept sieht einen umfangreichen Umbau des derzeitigen Wirtschafts- und Sozialsystems vor: 100 Prozent Erneuerbare Energien bis 2035, maximale Effizienzsteigerung im Gebäudesektor, ein Nullemissionstransportsystem inklusive Ausbau des Schienennetzes; gut bezahlte Jobs, Weiterbildungsprogramme und bezahlbares Wohnen sowie Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung für alle Bürger*innen. Die «Green New Deal»-Visionär*innen fordern außerdem, Minderheiten zu integrieren und soziale Ungerechtigkeit abzuschaffen. Sie machen deutlich, dass sie Rassismus verurteilen und sich der historischen Verantwortung für Diskriminierung, speziell gegenüber indigenen und Schwarzen Mitbürger*innen, stellen.

Nora Löhle leitet das Energie- und Umweltprogramm der Heinrich-Böll-Stiftung in Washington, D.C.

We Are Still In: US-Städte und Bundesstaaten bekennen sich zu Pariser Klimaabkommen

Im Sommer 2017 erklärte Präsident Trump, dass die USA aus dem Pariser Klimaabkommen aussteigen würden. Damit setzte der Klimawandelleugner ein Zeichen und machte deutlich, dass seine Politik von Nationalismus und Verantwortungslosigkeit geprägt ist. Trump hat weder Interesse, sich an Klimaziele zu halten, noch die internationale Klimafinanzierung zu unterstützen, um Emissionen zu reduzieren. Allerdings wird dies in weiten Teilen des Landes anders gesehen. Das machten Gouverneure und Bürgermeister*innen klar, indem sie sich gegen Trumps Kurswechsel aussprachen. Besonders deutlich in seiner Kritik wurde Bürgermeister Peduto aus Pittsburgh, der unmittelbar klarstellte, dass Trump nicht im Interesse der Menschen seiner Stadt handle.



«Jedes Mal, wenn sich ein Gefühl der Ohnmacht bei mir einschleicht, denke ich an die Verbündeten auf der anderen Seite des Atlantiks. Und weiß, dass wir gemeinsam für Veränderungen streiten!»



2018 war ich Teil der Schwarzen europäischen Delegation bei der Congressional Black Caucus Conference in den USA. Die afroamerikanischen Kongressmitglieder bilden mit dem Caucus eine der einflussreichsten Gruppen im Gesetzgebungsverfahren.

Ich glaube, man kann sich als Teil der Mehrheitsgesellschaft schwer vorstellen, wie es sich anfühlt, als Minderheit eine Mehrheitserfahrung zu machen. Ich habe es eine Woche erlebt. Wir haben an einer Diskussionsrunde im Kongress teilgenommen, waren auf Panels der Veranstaltung, haben viele Entscheidungsträger*innen aus Wirtschaft, Politik und NGOs getroffen, uns ausgetauscht und viel gelernt. Für die US-Amerikaner*innen war es ebenfalls wichtig, die politischen Forderungen Schwarzer Menschen in Europa zu hören. Die Debatten hier und dort sind sicher nicht eins zu eins vergleichbar, aber in beiden Ländern sind Schwarze Menschen nicht angemessen repräsentiert, gibt es Rassismus und vieles andere mehr.

Nach der Reise habe ich eine große Antirassismuskonferenz in Schleswig-Holstein mit zahlreichen Akteur*innen veranstaltet

und einen Antrag auf dem Landesparteitag eingebracht. Er fordert meine Partei auf, sich dem Thema Diversität stärker anzunehmen.

Der Black Caucus hat mir gezeigt, welche Kraft die Vernetzung von Minderheiten in einem politischen System entwickeln kann. Diese Kraft und Teilhabe weiter zu stärken – darauf sollten wir in Zukunft auch in den transatlantischen Beziehungen setzen! Bis heute bin ich mit vielen Menschen im Austausch. Jedes Mal, wenn sich ein Ohnmachtsgefühl bei mir einschleicht, weiß ich um die Verbündeten auf der anderen Seite des Atlantiks. Und dass wir gemeinsam für Veränderungen streiten.

Aminata Touré ist seit August 2019 Vizepräsidentin des schleswig-holsteinischen Landtages und damit die erste afrodeutsche und jüngste Vizepräsidentin in Deutschland. Sie ist außerdem Sprecherin für Migration, Antirassismus, Frauen, Gleichstellung, Kinder, Jugendliche und Queerpolitik sowie stellvertretendes Mitglied des Innen- und Rechtsausschusses, Sozialausschusses und Petitionsausschusses des Landtages.



«Wir müssen uns neu erfinden!»

Vor 13 Jahren wanderte der Journalist Hannes Stein in die USA aus. Trotz der desaströsen Präsidentschaft Donald Trumps hofft er auf eine bessere Zukunft für sein neues Heimatland.

«Wer auf dem Dorf aufwächst, weiß oft gar nicht, dass es auch noch Orte gibt, an denen nicht nur weiße evangelikale Christen leben. Dort lebt eine ländliche Gesellschaft, die sich die 50er-Jahre zurücksehnt.»

Interview: Jörg Wimalasena

Herr Stein, aus Protest gegen die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten haben Sie Anfang 2017 die Republikanische Partei verlassen. Diese stütze «einen mitleidlosen Demagogen, der noch nie ein freundliches Wort über die Demokratie verloren hat», schrieben sie in der Welt. War Ihre Entscheidung aus heutiger Perspektive richtig?

Absolut, meine damaligen Befürchtungen haben sich bestätigt. Trump ist ein rassistischer, autoritärer und offensichtlich auch geisteskranker Mann, der sich mit Hofschranzen umgibt. Und er ist korrupt und unfähig.

Sie gelten als konservativ, doch erhebliche Teile der Konservativen Bewegung in den USA sind nun dem Trump-Lager zuzurechnen. In welche Richtung haben die Republikaner sich unter Donald Trump bewegt?

Hier in den USA galt lange als konservativ, was man in Europa wohl altmodisch liberal nennen würde, zum Beispiel das Eintreten für freie Märkte und Freihandel – die Republikaner erinnerten eher an die FDP als an die CDU. Ronald Reagan hat während seiner Präsidentschaft in den 80er-Jahren dann die religiösen Rechte an die Republikaner gebunden. Unter diesen religiösen Rechten waren Leute, die die Evolution leugneten. Unter Trump haben sich die Republikaner noch einmal fundamental geändert. In nur drei Jahren sind sie von der Partei des Freihandels zur Partei des Isolationismus geworden. Ihr größtes Projekt ist heute die Rettung der Vorherrschaft der Weißen, indem sie versuchen, mit allen möglichen Tricks Schwarze und Latinos am Wählen zu hindern. Wenn ich die Republikaner heute mit Parteien im Europäischen Parteienspektrum vergleichen würde, denke ich eher an die Alternative für Deutschland oder den französischen Front National.

Ließe sich dieser Prozess denn umkehren, wenn – zum Beispiel – Donald Trump im November die Präsidentschaftswahl verliert? In vielen Umfragen führt dessen designierter Gegenkandidat, der demokratische Ex-Vizepräsident Joe Biden deutlich.

Ich hoffe, dass die Republikaner eine weitreichende und blamable Niederlage erleben, die sie nicht einfach wegdiskutieren können. Und damit meine ich nicht nur den Verlust des Weißen Hauses, sondern auch des Senats. Dann können sie sich vielleicht über eine Generation hinweg neu erfinden.

Richten wir den Blick weg von der Hauptstadt Washington, DC und hinein ins US-amerikanische «Heartland». Wie hat sich die Gesellschaft dort in den vergangenen drei Jahren verändert?

Die Entfremdung zwischen Stadt und Land hat sich noch einmal grotesk vergrößert. Wer auf dem Dorf aufwächst, weiß oft gar nicht, dass es auch noch Orte gibt, an denen nicht nur weiße evangelikale Christen leben. Dort lebt eine ländliche Gesellschaft, die sich die 50er-Jahre zurücksehnt. Auf der anderen Seite gibt es liberale, multikulturelle Großstädte. Schwul, lesbisch, transsexuell zu sein ist in amerikanischen Städten gar kein Problem. Viele Menschen dort sind Agnostiker.

Zwei Welten, ein Land. Wie schafft man es, dass diese beiden doch so gegensätzlichen Kulturen wieder miteinander ins Gespräch kommen?

Vielleicht hilft die Corona-Seuche. Natürlich hat sie zuerst die Ballungsgebiete heimgesucht, aber jetzt hat sie ja auch die ländlichen Gebiete erreicht. Also machen gerade alle gemeinsam die Krise durch, obwohl natürlich die Blickwinkel darauf sehr unterschiedlich sind. Vielleicht hilft es trotzdem. Denn am Ende werden wir alle durch das gleiche Feuer gegangen sein.

«Vor allem junge Leute, die eigentlich nie etwas mit Politik zu tun hatten, bewerben sich jetzt auf lokale Ämter und setzen sich für wichtige Forderungen ein, zum Beispiel für Bürgerrechte.»

Wie hat die progressive Zivilgesellschaft auf die politischen Entwicklungen der vergangenen Jahre reagiert?

Da hat sich viel getan. Vor allem junge Leute, die eigentlich nie etwas mit Politik zu tun hatten, bewerben sich jetzt auf lokale Ämter und setzen sich für wichtige Forderungen ein, zum Beispiel für Bürgerrechte. Sie kämpfen gegen die Unterdrückung von Wählerstimmen und gehen in den Schwarzen- und Latino-Vierteln von Tür zu Tür, um Leute in die Wahllisten einzutragen. Häufig sind es Frauen.

Im Wahlkampf 2016 tauchte ein mehr als zehn Jahre altes Video auf, in dem Trump sich rühmte, Frauen ungefragt in den Schritt zu fassen. Zudem hat er sich wiederholt abwertend über Politikerinnen geäußert. Hat Trumps Misogynie zu einem breiteren Engagement von Frauen in der US-Politik geführt?

Schauen Sie sich einmal ein Gruppenfoto mit den Abgeordneten des Repräsentantenhauses an. Dann sehen sie viele Frauen, und viele sind nicht weiß. Dass Trump stolz auf seine Frauenverachtung ist, hat eine wütende Gegenreaktion hervorgerufen. Es ist kein Zufall, dass sich das besonders im Repräsentantenhaus zeigt. Es wird demokratischer gewählt, weil die Bundesstaaten je nach Größe mehr oder weniger Wahlkreise bekommen – dort zeigt sich also die Buntheit Amerikas. Im Senat wird dagegen auch jeder beinahe menschenleere Bundesstaat, in dem mehrheitlich Weiße leben, durch zwei Senatoren vertreten. Deshalb sieht der Senat auf Fotos aus wie ein alter weißer Männerverein.

Das galt am Ende aber auch für den Vorwahlkampf der US-Demokraten. Noch vor wenigen Monaten hatte die Partei das bunteste Bewerberfeld aller Zeiten. Latinos, Asiaten, Schwarze, darunter auch mehrere Frauen, bewarben sich. Am Ende blieben zwei alte weiße Männer übrig. Bernie Sanders und Joe Biden. Sanders ist 78 Jahre alt, Biden – der designierte Präsidentschaftskandidat – ist 77 Jahre alt. Warum nominieren die Demokraten trotz aller Diversity-Bekanntnissen wieder einen alten weißen Mann für das höchste Amt im Staate?

Das sind eigentlich zwei Fragen. Zunächst zum Alter: Hier in den USA ist das politische Personal teilweise sehr lange in seinen Positionen. Da haben es Nachrücker schwer. Nancy Pelosi, die von mir sehr geschätzte Sprecherin des Repräsentantenhauses, ist zum Beispiel 80 Jahre alt und führt die Fraktion der Demokraten schon seit 2007 an. In Deutschland kenne ich dagegen außer Angela Merkel kaum mehr deutsche Politiker aus der Nähe, weil es in allen Parteien einen Generationenwechsel gegeben hat.

Und die Frage nach dem Geschlecht?

Das könnte am Wahlrecht liegen. Studien haben gezeigt, dass parlamentarische Systeme – in denen man eine Partei wählt – eher Ministerpräsidentinnen und Premierministerinnen hervorbringen als Präsidialsysteme, wo man Kandidaten direkt wählt.

Ist die Wählerschaft kritischer gegenüber Frauen als Parteien?

Es braucht eine Weile, bis die Menschen sich daran gewöhnt haben, dass das Geschlecht keine Rolle spielt, solange die Person ihre Sache gut macht. Joe Biden hat allerdings schon bekanntgegeben, dass er eine Frau als Vizepräsidentin nominieren will. Und außerdem gab es ja gute Bewerberinnen. Kamala Harris, Senatorin aus Kalifornien, hat mir ungeheuer gut gefallen. Ich war wirklich verblüfft, wie schnell ihre Kampagne sich dann doch verlaufen hat, obwohl sie in den ersten Fernsehdebatten überzeugt hatte.

Die demokratische Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton wollte 2016 schon bei ihrer Wahlparty symbolisch eine gläserne Decke einreißen. Dann kam alles anders. Trump gewann, und Clinton wurde nicht als erste Frau US-Präsidentin. Glauben Sie, dass 2024 endlich eine Frau die Wahl gewinnen kann?

Ich glaube nicht, dass es noch lange dauert, bis wir eine weibliche Präsidentin erleben. Denken Sie einmal darüber nach, wie kurz es eigentlich gedauert hat, bis Schwulsein akzeptiert war. Als ich zur Schule ging, war «schwul» noch ein absolutes

Schimpfwort und das Letzte, was man sein wollte. Inzwischen hat der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten beschlossen, dass es die «Ehe für alle» gibt. Nicht einmal Trump traut sich offen, Schwulenfeindliches zu sagen. Kann eine Frau also Präsidentin des mächtigsten Landes der Erde sein? Natürlich – und ich glaube, dass es bald passieren wird.

Wie steht es um die transatlantischen Beziehungen nach nahezu einer Amtszeit Donald Trumps? Ist das Tuch zwischen Deutschland und den USA nun zerrissen?

Nun ja, es hilft aktuell sicher nicht, dass Trump versucht hat, eine deutsche Firma in die USA zu locken, die an einem Corona-Impfstoff arbeitet. Das hat man in Deutschland als arrogante Geste empfunden. Ich glaube dennoch nicht, dass das Tuch ganz zerschnitten ist. Dafür sind die Beziehungen dann doch zu tief und schon zu lang vorhanden. Aber ich glaube schon, dass etwas kaputt gegangen ist, das man nicht so schnell reparieren kann.

Was genau?

Lassen Sie es mich anhand eines Beispiels erklären: Nehmen wir an, Trump wird abgewählt, und in einigen Jahren nennt dann niemand mehr seinen Namen, weil die Erinnerung an ihn so verhasst ist. Und in 40 Jahren denkt dann eine Bundeskanzlerin über eine außenpolitische Entscheidung nach und beschäftigt sich mit der Frage: «Kann ich mich auf die Amerikaner verlassen?» Niemand, der rational denkt, wird diese Frage mit «Ja» beantworten können. Denn wir sind für immer das Land, das Donald Trump zum Präsidenten gewählt hat. Diesen Makel bekommen wir nicht wieder los. Zwar hat Trump nur wegen des ungerechten Wahlsystems gewonnen – Clinton hatte drei Millionen Stimmen mehr –, aber unser System hat nicht verhindert, dass einer wie Trump an die Macht kommen konnte. Das ist eine Wahrheit, die einfach nicht mehr wegzudiskutieren ist.

Sie sprechen über die Folgen von Trumps Präsidentschaft für die internationale Diplomatie. Aber wie sieht es denn mit den interkulturellen und gesellschaftlichen Beziehungen aus?

Die Einwohner von multikulturellen Städten, die ich vorhin beschrieben habe, werden sich immer gut verstehen. Da ist es egal, ob man in Chicago, São Paulo oder Berlin lebt. Auf dem Land ist es schwieriger. Ich habe schon von deutschen Austauschschülern gehört, die in Familien landeten, die die Evolutionstheorie ablehnten, mit Waffen herumliefen und Barack Obama für eine Art Hitler hielten.

Eine Frage zum Ende: Welche Hoffnungen haben Sie für den Rest des Jahres?

Ich hoffe, dass es uns rasch gelingt, unsere Wirtschaft wiederaufzubauen ... (Covid konnte ja nun nicht klein gehalten werden ...)

Die Tötung des Schwarzen Sicherheitsmannes George Floyd durch einen weißen Polizisten hat landesweit zu Protesten geführt. Seit langem wurde in den USA nicht mehr so intensiv über Rassismus und Polizeireformen diskutiert. Ist das schon die Erneuerung, von der Sie sprechen?

Jedenfalls fühlt es sich diesmal anders an als in der Vergangenheit. Früher gab es ungefähr eine Woche lang Proteste, dann war wieder Ruhe im Karton. Dieses Mal sieht es so aus, als wäre dies eine Bewegung, die bleibt. Geändert hat sich außerdem die Reaktion der weißen Amerikaner: Die meisten sagen mittlerweile in Umfragen, dass es nicht nur «ein paar schlechte Polizisten» gibt, sondern dass der Rassismus in amerikanischen Polizeibehörden ein strukturelles Problem ist.

Welche langfristigen Folgen werden die Proteste für die gesellschaftliche Entwicklung der USA haben?

Vielleicht gewinnen ja doch noch die Nordstaaten den Bürgerkrieg. Ich meine das völlig ernst: Bisher war in Amerika die Geschichtslüge weit verbreitet, es sei den Südstaaten nur «um die Rechte der Einzelstaaten» gegangen, nicht um die Erhaltung der Sklaverei, und die Kriegsflagge der Konföderierten war an vielen Orten zu sehen. Wenn jetzt NASCAR – ein Autorennen, das traditionell viele arme Weiße anzieht und bei dem die stolze Zurschaustellung von Symbolen der Südstaaten quasi zur Tradition gehörte – die Konföderiertenflagge verbietet, wenn General Petraeus laut darüber nachdenkt, Militäreinrichtungen, die nach Helden der Confederacy benannt sind, umzubenennen – dann ist das ein Zeichen, dass die Südstaaten vielleicht endlich auch in den Köpfen der Amerikaner besiegt sind. Aber vielleicht bin ich zu optimistisch.

Was gehört zu dieser Neuerfindung dazu?

Wir haben hier in den USA ja schon einige Erneuerungen hinter uns, die brutalste war der Bürgerkrieg. Doch zehn Jahre nach Ende des Krieges durften die Südstaaten wieder ihre rassistischen Gesetze einführen, und die Schwarzen Amerikaner in den Südstaaten wurden alle wieder von der Macht entfernt. Dieses Mal müssen wir es besser machen. Ich hoffe, dass wir es diesmal hinkriegen, uns sehr gründlich neu zu erfinden, und zwar als eine wirkliche Demokratie.

Aber die demokratischen Probleme haben Sie ja schon angesprochen. Das Wahlsystem, der Senat? Wie reformiert man diese Institutionen?

Am Wahlsystem wird sich so schnell nichts ändern. Dafür bräuchte man eine Verfassungsänderung. Aber im Senat könnte sich etwas tun. Washington, DC sollte zu einem eigenen Bundesstaat werden. Damit hätte ein ethnisch buntes Bundesgebiet endlich Mitsprache im Senat. Das gleiche gilt für Puerto Rico. Es gibt keinen Grund, warum die noch in so einem halbkolonialen Status verharren sollen. Auf solche Reformen hoffe ich. Und wir müssen über unser Gesundheitswesen nachdenken. Natürlich brauchen wir eine öffentliche Krankenversicherung, oder zumindest eine Möglichkeit, sich in die bestehenden Gesundheitsprogramme einzukaufen. Ich finde es interessant, dass es Trump nicht gelungen ist, Obamacare zu kippen. Selbst die Republikaner haben festgestellt, dass die Leute die Gesundheitsreform von 2010 eben gern mögen. Da könnte in den kommenden Jahren auch etwas passieren. Und wir brauchen ein neues Verständnis davon, was es heißt, Amerikaner zu sein. Bisher gibt es ja dieses Klischee, dass echte Amerikaner nicht in Großstädten leben, sondern in einer Kleinstadt in Ohio. Und ich möchte, dass sich das endlich mal auch kulturell ändert. Wir hier in New York sind genauso amerikanisch wie die Leute in Ohio.

Hannes Stein ist politischer und kultureller Korrespondent der Tageszeitung *Die Welt*.

Jörg Wimalasena lebt als Journalist in Brooklyn.

Die Entdeckung Amerikas

Eine neue Generation ist auf dem Weg, die USA zu einem besseren Ort auf der Welt zu machen. Sie kämpfen gegen den Klimawandel und für Frauenrechte, gegen Rassismus und für den Schutz von LGBTQI.

Mit Bildern vom «Women's March 2017», Text: Mohamed Amjahid



Waffengewalt

Debbie Goldberg, 18,
Philadelphia, PA

Kinder müssen zur Schule gehen können, ohne dass sie Gefahr laufen, erschossen zu werden. Diese simple Forderung hat mich mit 16 Jahren dazu bewogen, mich der Bewegung «March for Our Lives» anzuschließen. Ich weiß noch genau, was mir damals, am 14. Februar 2018, durch den Kopf gegangen ist, an jenem Tag, als ein Attentäter in der Marjory Stoneman Douglas Highschool in Parkland, Florida, 17 Menschen erschossen hat: Das kann überall passieren, auch an meiner Schule. Wir Schüler*innen haben uns zuerst dafür eingesetzt, dass wir ein Sicherheitsprotokoll bekommen. Niemand wusste genau, was zu tun ist, wenn jemand mit einer Waffe in das Schulgebäude spaziert. Das war uns aber nicht genug. Deswegen organisierten wir eine der größten Graswurzelbewegungen in der jüngsten Geschichte der USA. Wir haben Hunderttausende auf die Straßen gebracht. Im Wahlkampf sind die Waffengesetze ein wichtiges Thema, und das haben wir alles geschafft ohne die Lobbykraft und das Geld, das die National Rifle Association (NRA) gegen uns und unseren Protest einsetzt.





Klimawandel

**Caleb Nauman, 23,
Lancaster, PA**

Meine Familie ist evangelikal geprägt und glaubt nicht an den Klimawandel. Irgendwann habe ich mich als Jugendlicher selbst gefragt: Kann es sein, dass die Wissenschaft doch recht hat? Ich habe mich also mit den Fakten beschäftigt und wurde zum Klimaaktivisten. An der Universität habe ich mich dann so richtig politisiert. Dort habe ich realisiert, wie einflussreiche Lobbyisten die Zukunft unseres Planeten entscheiden. Dabei geht es ihnen um Profite und die Erhaltung des Status quo. Wer die Welt vor dem Kollaps retten möchte, muss aber radikal denken. Ich habe mich daraufhin der Sunrise-Bewegung hier in Lancaster angeschlossen. Wir haben zum Beispiel das Washingtoner Büro von Nancy Pelosi, Sprecherin des Repräsentantenhauses, besetzt. Unsere Strategie: Die Demokraten dazu bewegen, Zusagen im Sinne des Klimaschutzes zu machen. Mit Konservativen kann ich allerdings auch gut sprechen, vielleicht nicht direkt mit Republikanern. Die vielen Farmer in unserer Region spüren täglich den Klimawandel. Diese Menschen sind offen für grüne Lösungen.



Diskriminierung

**Andre D. Carroll, 29,
North-Philadelphia, PA**

Ich habe meinen Vater nie richtig kennenlernen dürfen: Seit ich neun Monate alt war, sitzt er fast durchgehend wegen eines Drogendelikt im Gefängnis. Meine Mutter hatte ihr ganzes Leben mit ihrer Drogenabhängigkeit zu kämpfen. Deswegen hat mich meine Oma hier in Germantown aufgezogen. Dies ist eine arme Gegend von Philadelphia, in der fast ausschließlich Schwarze leben. Und eigentlich hat «das System» für mich vorgesehen, dass ich so wie mein Vater im Knast lande. Nur durch viel Glück und die Fürsorge meiner Großmutter werde ich bald meinen Bachelor in Wirtschaftswissenschaften abschließen. Ich engagiere mich in der Lokalpolitik, arbeite als Mentor im Projekt «Brothahood», das sich um Jungs kümmert, die irgendwie auf die schiefe Bahn geraten sind. Das System behandelt sie vor Gericht wie Erwachsene. Einer meiner Schützlinge sitzt wegen eines Autodiebstahls zwei Jahre im Jugendarrest: Er ist 14 Jahre alt. Ich möchte für ihn ein Vorbild sein. Oft bin ich der einzige Schwarze in den politischen Entscheidungsräumen der Stadt. Ich kämpfe dort gegen Widerstände und erzähle meine Geschichte, damit sich etwas ändert.





Frauenrechte

**Sakeena Alkateeb, 24,
Charlottesville, VA**

Als ich 15 Jahre alt war, wurde ich von meinem damaligen Freund mehrfach vergewaltigt. Ich war damals wütend auf mich selbst, weil ich nicht wusste, wie ich mich verhalten sollte, wie ich mich von dieser Gewalt selbst befreien konnte. Ich habe erst später verstanden, dass es die herrschenden Strukturen sind, die mich überhaupt in diese Situation gebracht haben. Männer werden so erzogen, dass sie ihre Machtpositionen missbrauchen, um Frauen zu unterdrücken. Man glaubt Überlebenden nicht, niemand hört einem zu, in der Schule wird nicht über sexualisierte Gewalt gesprochen. Und dann kam #metoo. Ich war anfangs skeptisch, ob das was bringen wird, habe aber schnell verstanden, dass diese Debatte einen Unterschied macht. Auf meinem Campus an der University of Virginia habe ich deswegen das Gespräch mit Studierenden und vor allem cis-männlichen Professoren gesucht. Ich habe den Eindruck, dass viele hier ihre Denkweise verändert haben und nun kritischer auf frauenfeindliche Strukturen blicken. Eines habe ich dabei gelernt: Wenn ich nicht für mich als Frau spreche, dann tut es niemand.



Rassismus

Jessica Peck, 21, Charlottesville VA

Kurz vor den Präsidentschaftswahlen 2016 habe ich meinen 18. Geburtstag gefeiert. Ich durfte damals also knapp mitwählen. Meine Großeltern sind sehr konservative Menschen und so habe ich schon mit jungen Jahren den größten Fehler meines Lebens begangen: Ich habe Donald Trump gewählt. Seitdem ist aber sehr viel passiert. Ich habe mich über Rassismus und weiße Privilegien informiert, um meinen Beitrag als privilegierte Weiße gegen ein System der Unterdrückung zu leisten. Jetzt, wo ich es besser weiß, möchte ich eine Verbündete sein, vor allem, indem ich diskriminierten und rassifizierten Menschen zuhöre. Ich habe gelernt, dass ich als weiße Person Rassismus bestärke, wenn ich nicht dagegen aktiv ankämpfe. An meiner Hochschule, in der Kirche, in meinem Alltag versuche ich nun, gegen den systematischen Rassismus in den USA, gegen die erdrückende Diskriminierung von Schwarzen und People of Color zu kämpfen. Und bei der kommenden Wahl werde ich garantiert nicht nochmal so einen schlimmen Fehler begehen.



LGBTQI-Rechte

Fernando Revelo La Rotta, 28, Chicago

Es gibt viele queere Aktivist*innen, die behaupten, dass der Kampf für LGBTQI-Rechte weitestgehend abgeschlossen sei: Jetzt, wo schwule und lesbische Paare heiraten können, in fast jeder Mainstream-Fernsehserie eine schwule Rolle auftaucht und Unternehmen queere Konsument*innen entdeckt haben. Für viele queere Menschen in den USA geht es aber weiterhin ums Überleben. Man kann zum Beispiel queer und latinx sein – und als Latinx hat man ganz andere Probleme in diesem Land. Generell fühlen sich hier seit einigen Jahren mehr Menschen dazu ermächtigt, Schwule, Lesben oder Transsexuelle zu diskriminieren, angefangen beim schiefen Blick auf der Straße, über die Verweigerung von Dienstleistungen bis hin zu Hassrede und Angriffen. Das Einzige, was uns weiterbringt: Netzwerke für Queers of Color aufbauen und die eigenen Communities stärken. In einer Stadt wie Chicago müssen wir dann noch darauf aufpassen, dass unsere sicheren Räume nicht vom Mainstream oder privilegierten Queers entdeckt und gentrifiziert werden. Es ist also ein andauernder Spagat zwischen Öffnung und Selbstschutz.

Mohamed Amjahid ist Journalist und Buchautor. Er war Stipendiat der Heinrich-Böll-Stiftung. Die USA bereiste er im Rahmen eines Thomas-Mann-Fellowships. 2017 erschien sein Buch «Unter Weißen».

Carolyn Drake lebt als Fotografin in Kalifornien. Für ihre Langzeit-Arbeiten, die sich mit dominanten historischen Narrativen und entsprechenden Alternativen beschäftigen, wurde sie mehrfach ausgezeichnet (u.a. mit dem Lange-Taylor Prize und dem Anamorphosis Prize).

Essay: Lara Putnam

Und sie kämpfen weiter: Die Rolle von Frauen in der US-Politik

Das vielfältige Engagement von Frauen auf lokaler, regionaler und Bundesebene ist schon lange von zentraler Bedeutung für die politische Entwicklung der USA. Dennoch sind Frauen in politischen Ämtern immer noch deutlich unterrepräsentiert. Kann sich das jetzt ändern?

Um das politische Engagement US-amerikanischer Frauen auch nur annähernd zu beschreiben, bedarf es einer genauen Betrachtung des komplexen und vielfältigen Mosaiks hinter der täuschend einfachen Kategorie «Frau».

Ein Drittel der US-Bürgerinnen im wahlberechtigten Alter sind mittlerweile Women of Color, und deren Lebenswelten wiederum unterscheiden sich in großem Maße. Afro-Amerikanerinnen machen andere Erfahrungen als Latinas. Die Erfahrungswelt amerikanischer Ureinwohnerinnen ist nicht dieselbe wie die von Amerikanerinnen mit chinesischen Wurzeln. Welche Formen von sozialer Mobilität oder struktureller Diskriminierung diese jeweils erleben, hängt zudem stark von Bildungsgrad, Alter, Beschäftigungsstatus und Wohngegend ab, ebenso wie die Strategien, mit denen ihr jeweiliges Umfeld darauf reagiert. All diese Faktoren prägen ihr politisches Engagement und Selbstverständnis.

Geschlecht, Bildung, Alter und Wohnort sind als Trennlinien der politischen Spaltung in den USA immer entscheidender geworden. Dazu kommen die in der US-Politik so zentralen rassistisch bedingten Spannungslinien, seit die Bürgerrechtsbewegung der Sechziger Jahre die Demokratische Partei als politische Heimat der Afroamerikaner/innen gefestigt hat. Im Laufe des vergangenen halben Jahrhunderts wurde die Republikanische Partei zunächst hauptsächlich weiß, verankerte sich dann in einer Basis weißer Evangelikaler, und besteht nun zunehmend aus älteren weißen Männern und weißen evangelikalen Frauen. Geographisch gesehen ist die Republikanische Partei als Kraft des bürgerlichen Lebens im ländlichen Amerika allgegenwärtig und in den großen Metropolen kaum präsent. Ihre einst vorherrschende Stellung in den wohlhabenden Vorstädten Amerikas bröckelt zusehends: ein Prozess, der vor allem auf veränderte Ansichten vorstädtischer Frauen zurückzuführen ist.

Die Wahl von Donald Trump im Jahr 2016 vertiefte die Gräben zwischen weißen Amerikaner/innen in Bezug auf Bildung und Geschlecht noch weiter, da sich weiße Frauen mit Hochschulbildung scharf sowohl von Trump als auch von der Republikanischen Partei distanzieren. Weiße Frauen ohne Hochschulabschluss hingegen tendierten zu Donald Trump.

Vor dem Hintergrund dieses Panoramas der Vielfalt fällt das eng gefasste demographische Profil amerikanischer Politiker/innen auf. Gewählte Amtsinhaber/innen beider Parteien auf allen Regierungsebenen waren bis vor kurzem vornehmlich männlich und fast überall vornehmlich weiß. Bei den Zwischenwahlen im Jahr 2018 gewannen zwar mehr demokratische Kandidatinnen als je zuvor und Frauen besetzen nun ein Viertel des US-Senats sowie 101 von 435 Kongresssitzen, für einen Rekordstand sind dies jedoch weiterhin magere Zahlen.

Frauen haben wichtige Führungsrollen

Erhalten hat sich diese Unterrepräsentation trotz der Tatsache, dass in der politischen Praxis das Engagement von Frauen schon lange auf vielfältige Weise und in verschiedensten Räumen von zentraler Bedeutung ist. Frauen mittleren Alters und ältere Frauen nehmen wichtige Führungsrollen ein – von der rechten evangelikalen Pro-Life-Bewegung der 80er und 90er Jahre und den gegen Obama gerichteten «Tea Party»-Konservativen nach 2008 über die neue, gegen Trump gerichtete vorstädtische Mitte-Links-Basisbewegung seit 2016 bis hin zum bürgerschaftlichen Engagement, das in all diesen Jahrzehnten von afroamerikanischen Kirchengemeinden ausging.

Die Vitalität lokaler politischer Strukturen – der formellen und informellen Gruppen und Räume, wo sich Menschen treffen, lernen, debattieren, entscheiden und politisch aktiv werden – beruht auf geschickter organisatorischer und zwischenmenschlicher Arbeit. Doch diese lokale Dimension des politischen Lebens wird oft ignoriert – von Medien, Spender/innen und politischen Berater/innen, manchmal sogar von der Politikwissenschaft. Dabei ist gerade die lokale politische Infrastruktur von großer Bedeutung. Die organisierten Strukturen der Demokratischen Partei haben sich in vielen US-Gemeinden im vergangenen Jahrzehnt weitgehend aufgelöst. Umso wichtiger ist es, dass sie jetzt wiederaufgebaut werden. Dieser Wiederaufbau wird mehrheitlich von Frauen getragen, und zwar von vielen, die in der Politik zwar Außenseiterinnen, in ihren Gemeinschaften jedoch absolute Insider sind.

Das ist die Grundlage für größere Vielfalt in der politischen Repräsentanz. Denn diese entsteht dann, wenn Kandidat/innen von lokalen Netzwerken gewöhnlicher Bürger/innen ausgesucht und gefördert werden. Solche Netzwerke umgehen die Gatekeeper, die in der Vergangenheit mit ihren Annahmen bezüglich Wählbarkeit und ihren eigenen einseitigen Netzwerken dafür gesorgt haben, dass auf den Wahlzetteln systematisch Kandidat/*innen überrepräsentiert waren, die den aktuellen Amtsinhabern ähnelten (meist heterosexuelle, weiße Männer). So wurden in den vergangenen vier Jahren mit einer breiten Unterstützung ehrenamtlicher Helfer/innen etliche vielversprechende Außenseiter-Wahlkämpfe geführt. Die Kandidat/innen waren dabei in vielerlei Hinsicht vielfältiger als die bisherigen Amtsinhaber, was politische Ideologie, Geschlecht, Hautfarbe, ethnische Zugehörigkeit und sexuelle Orientierung angeht.

Auch nach gescheiterter Wahl gaben Frauen nicht auf

Im Jahr 2018 kandidierten viele demokratische Kandidatinnen in Wahlkreisen, wo sie kaum Chancen zu haben schienen; dasselbe gilt für republikanische Kandidatinnen, die im Jahr 2020 gegen demokratische Amtsinhaber ins Rennen gehen. Doch selbst gescheiterte Wahlkämpfe können langfristige Auswirkungen haben. An verschiedensten Orten führen Basisaktivist/innen leidenschaftliche Wahlkämpfe für Bundesstaatsparlamente und den US-Kongress. Und selbst, wenn ihre Kandidatinnen die Wahl verloren, gaben die meisten Freiwilligen nicht einfach auf. Bei ihrer wenig glamourösen, aber unverzichtbaren Arbeit des politischen Organisierens denken sie langfristig: Sie überarbeiten ihre Satzungen, organisieren Picknicks, rekrutieren neue Leute mit neuer Energie, um für Ämter an der Schulbehörde oder beim Grundbuchamt zu kandidieren.

Wenn ganz normale Frauen mit viel Lebenserfahrung die Führung im gesamten Ökosystem der Demokraten übernehmen, auch in formellen Rollen auf lokaler, regionaler und Bundesebene, wird das Gewicht ihrer Stimmen im Großen wie im Kleinen im Meinungsbildungsprozess zunehmen. Dasselbe Muster könnte sich auch bei den Republikanern abzeichnen; es bleibt abzuwarten, ob angesichts des schwindenden Frauenanteils der Partei die verbleibenden Aktivistinnen und aufstrebenden Funktionärinnen die gleiche Durchsetzungskraft entfalten können.

Wirkmächtig könnte das zum Beispiel an der Schnittstelle von Gender, Gesundheit und Arbeit werden, die durch die Coronavirus-Epidemie in den Fokus gerückt ist. Im deindustrialisierten Amerika stellen Arbeitskräfte im Gesundheitsbereich neben dem Dienstleistungssektor vielerorts einen Großteil der Erwerbsbevölkerung. Beide Bereiche werden von Frauen dominiert und sind strukturell resistent gegen die Art von Arbeitsschutz und Gewerkschaftsrechten, die sich (männlich dominierte) Bau- und Industriearbeiter in einigen Regionen des Landes selbst nach lang anhaltender Erosion bewahren konnten.

Corona könnte neue Verbündete bescheren

Frauen stellen mehr als die Hälfte aller Beschäftigten, die in der Coronavirus-Pandemie als «systemrelevant» gelten. Und diese Berufe fallen im gesamten Beschäftigungsbild für Frauen in diesem Land so stark ins Gewicht, dass jede dritte Frau in einer systemrelevanten Rolle beschäftigt ist. Es ist denkbar, dass die Frauen, die in diesen Bereichen arbeiten, nun neue Verbündete in ihrem Kampf für grundlegende Reformen finden, was sicherere Arbeitsbedingungen oder bezahlte Krankentage angeht. Dass Aktivismus und Führungsrollen innerhalb der breiten gemäßigten Linken in den USA vielfältiger werden, könnte auch den Weg für zentrale Veränderungen ebnen, um der eng verflochtenen Problematik des Rassismus gegen Schwarze, struktureller Ungerechtigkeit und Polizeibrutalität zu begegnen. Diese strukturellen Probleme rückten noch mehr in den Vordergrund, als am 25. Mai in Minneapolis ein Polizist vor den Augen einer fassungslosen Öffentlichkeit den unbewaffneten George Floyd tötete. Im ganzen Land folgte daraufhin eine außerordentliche Welle von #BlackLivesMatter-Protesten, angeführt von jungen Schwarzen Aktivist/innen.

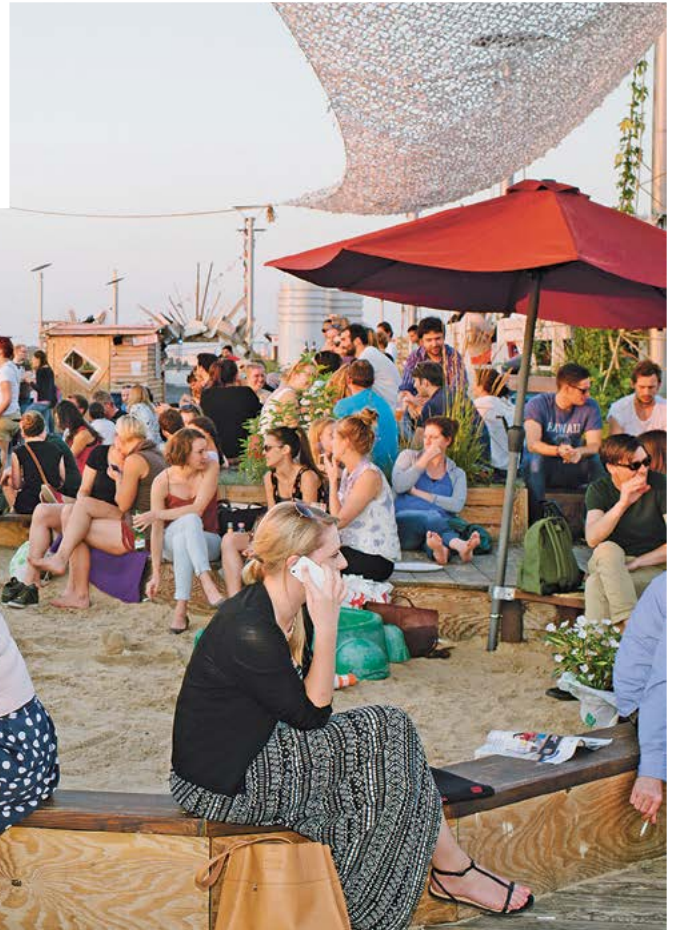
In mehr als 3.000 verschiedenen Gemeinden wurde protestiert, darunter auch in kleinen Ortschaften in ländlichen Regionen sowie in Klein- und Vorstädten, und zwar mit einer bemerkenswert starken Teilnahme weißer Verbündeter, die sich den lokalen Schwarzen Organisator/innen anschlossen. Ein Schild, das bei mehr als einem Protest zu sehen war, lautete: «Als George Floyd nach seiner Mama rief, rief er alle Mütter auf den Plan» Die Formulierung betont das große emotionale Gewicht des «Mutterseins» beim Anstoßen politischer Aktionen: eine Art «maternalistische» Logik, die sich historisch gesehen als wirkmächtig, aber auch als problematisch erwiesen hat. Zu oft in der US-Geschichte konnte dieser Impuls auch re-marginalisierend wirken, indem tiefgreifende, machtbedingte Unterschiede zwischen Frauen einfach unter den universalisierenden rhetorischen Teppich der Mutterliebe gekehrt wurden. Wie die Herausforderungen der Solidarität diesmal bewältigt werden, bleibt abzuwarten.

Lara Putnam forscht und schreibt regelmäßig zu von Frauen geleiteten politischen Graswurzel-Initiativen in der Trump-Ära, aufbauend auf ihren teilnehmenden Beobachtungen in Südwest-Pennsylvania. Sie ist UCIS Research Professor und Leiterin des Instituts für Geschichte an der University of Pittsburgh. Ihre universitären Forschungsschwerpunkte sind lateinamerikanische und karibische Geschichte, Theorien und Methoden transnationaler Geschichte, Migration, Verwandtschaftsbeziehungen und Genderstudien.

Expats in Berlin

Besonders Berlin hat sich zum Sehnsuchtsort junger US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner entwickelt – und nicht wenige haben es geschafft, die Stadt zu ihrem Lebensmittelpunkt zu machen. Begegnungen mit Menschen, die auf der Suche nach Freiheit sind.

Text: Philipp Brandstädter



Bryn Veditz

Geboren 1988 in Ohio

Beruf: Registrarin bei Berlin Biennale for Contemporary Art

Sprachbarriere? Das war für Bryn kein Thema. Die ersten Worte Deutsch hat sie schon als Kleinkind in Mannheim aufgeschnappt: Beide Eltern waren bei der Army und weltweit unterwegs, so auch für ein paar Jahre in Mannheim. Später, auf ihrer Schule in Virginia, hatte Bryn bilingualen Unterricht, Naturkunde auf Deutsch. Zeitig andere Sprachen lernen, das war ihren Eltern wichtig. Und je fließender die Deutschkenntnisse, desto klarer war für Bryn, was sie später machen würde: zunächst in Boston Deutsche Literatur studieren, dann nach Deutschland. Erst war es nur ein Austausch in Dresden, doch rasch folgte: Big City Life in Berlin.

Bald zwölf Jahre später fühlt sich Bryn nun in Deutschland heimisch, ohne ihre US-amerikanische Art zu verheimlichen. «Ich bin lebensfroh und hilfsbereit, sicher ein bisschen lauter als der deutsche Durchschnitt», sagt Bryn. Damit ist sie im Büro ab und an mal angeeckt. Bis heute kann sie nicht verstehen, dass man hierzulande unter Kollegen gern distanziert bis verschlossen bleibt. «Wir sitzen doch fucking zehn Stunden am Tag am selben Schreibtisch! Ich kann auch höflich, freundlich und interessiert sein, ohne gleich Freundschaft schließen zu wollen. Aber hey, das ist wohl typisch amerikanisch.»

Auf andere «typisch amerikanische» Klischees möchte Bryn in ihrem neuen Lebensabschnitt lieber verzichten: Oberflächlichkeit, Karrieregeilheit. Sich Gehaltszettel, Überarbeitung und Burnout als sozialen Status feiern zu lassen. Nach ihrem Uniabschluss und bald zwei Jahren Vollzeitstellung verdient Bryn hier in Berlin immer noch weniger als damals bei ihren Gelegenheitsjobs in New York City. Doch Bryn ist nicht hier, um steinreich zu werden.

Mit Limoflaschen in der Hand spazieren wir in ihrem Kiez die Panke entlang und lassen uns von Joggern, Radfahrern und Entenfamilien überholen. Nach einem großen WG-Hopping zu Unizeiten ist Bryn endlich im Stadtteil Wedding angekommen. Und will auch nicht mehr weg aus der Stadt: «Nirgendwo habe ich so viele Freunde gewonnen wie hier», sagt Bryn. «Nirgendwo konnte ich schöner in Parks abhängen, besser feiern und freier sein als hier.»

Das Einzige, was sie an den USA vermisst, ist ihre Lieblingszahnpaste. Advanced White, die mit der Überdosis Natron. Die, die wie blöd schäumt, und die ihre Freunde immer für so eine Art chemische Massenvernichtungswaffe halten, wenn sie sie ausprobieren. Von dem Zeug nimmt sich Bryn immer einen Jahresvorrat mit, wenn sie ihre Familie in New Mexico besucht.

Die eigene Familienplanung soll aber auf deutschem Boden vonstattengehen. «Ich war mir ziemlich sicher, einen europäischen Mann zu heiraten und viele kleine europäische Kinder zu bekommen. Und jetzt habe ich mich in einen US Boy verliebt», erzählt sie lachend. Denn so perfekt die Deutschkenntnisse auch sein mögen, irgendwie fühlt es sich vertraut und schön an, wenn man sich so leicht verständigen kann. Die ganzen Insider aus der Popkultur, die Wortwitze, die Gemeinsamkeiten, die kleinen Dinge. Der US Boy ist vor kurzem bei ihr eingezogen.

Ian Kaplow

Geboren 1969 in Philadelphia

Beruf: Dozent für Sprache und Bewusstsein

Gerade hatte Ian ein Stipendium in Edinburgh angefangen, als in Berlin die Mauer fiel. Also ist er dort hin, mit dem Zug, um die ganze Geschichte mitzuerleben, um sich in die Stadt zu verlieben – und in ein Mädchen aus Ostberlin.

Die kleine Wohnung im Westfälischen Viertel hatte seinerzeit quasi nichts gekostet. Ian hielt sich mit kleinen Jobs über Wasser, buchte einen Sprachkurs an der VHS, schrieb sich kostenlos an der Uni ein, manchmal war die Monatsmiete schon mit einem Hausmeisterdienst bezahlt. Dort, wo sich eine ganze Stadt völlig neu erfand, konnte auch Ian neu beginnen. «Hier war ich nicht mehr der amerikanische Großstadtjude aus halbbourgeoisen Familienverhältnissen. Stattdessen wurde ich für einen jugoslawischen Flüchtling gehalten und auf der Straße Kanake genannt.»

Ian entdeckte die Freiheit gemeinsam mit den Altberlinern und den neuen Wahlberlinern. Mit den Leuten, die suchen und finden wollten. Die in dieser Stadt nun endlich Grundsätzliches infrage stellen durften, anerzogene Werte, religiöse Traditionen, die sexuelle Orientierung. «Das ging in den USA mit seiner erdrückenden Engstirnigkeit nicht», sagt Ian. «In Berlin konnte ich der sein, der ich sein wollte. Konnte testen, ob das eine besser zu mir passt als das andere. Dabei hatte ich zu dem Zeitpunkt auch nur eine grobe Idee.»

Natürlich hatte auch Ian den Amerikanischen Traum verinnerlicht, während er in Philadelphia aufwuchs. Auch er wollte das Haus und den Garten und Karriere machen, so glaubte er jedenfalls. Dass mit dem Mythos etwas nicht stimmt, hat Ian erst in Berlin festgestellt. «Sobald du in den USA drohst arm zu werden, gehörst du nicht mehr zu den Privilegierten. Falls das geschieht, finden die Leute, dass das deine eigene Schuld ist. Das finde ich moralisch verwerflich.»

Doch Ian befürchtet nun, dass sich sein einst viel freieres Berlin mit dem Amerikanischen Traum «angesteckt» hat. Ians Lieblingsplätze werden von Touristen überlaufen, seine Lieblingsclubs haben schon vor Jahren dicht gemacht. Es hat ewig gedauert, eine größere Wohnung für seine Familie zu finden, und einen Kitaplatz für seinen jüngsten Sohn. Berlin hat sich schmerzlich verändert. «Vielleicht ziehen wir irgendwann fort. Wir sind ja nicht mit Berlin verheiratet.»

Jillian Graham

Geboren 1990 im Bundesstaat New York

Beruf: Studentin der Business Psychology

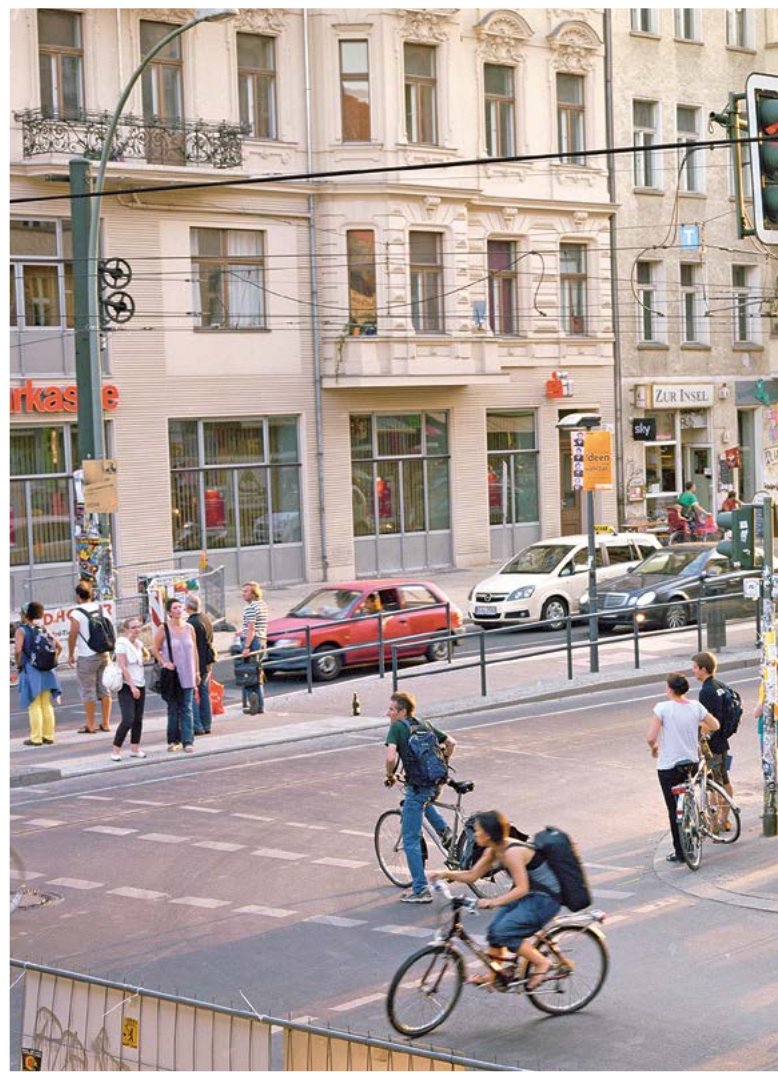
Erst beim Reisen ist Jill aufgefallen, was man zu Hause alles vermissen kann. Fahrradwege zum Beispiel. Oder bevölkerte Parks. Und diese zuerst etwas überwältigende, dann aber so befreiende «Du-darfst-so-sein-wie-du-bist-Mentalität», die sie in Berlin kennen und schätzen gelernt hat.

Zu Hause, das war mal in einer Kleinstadt irgendwo im Bundesstaat New York. Die Leute sitzen dort weniger auf Rädern oder auf Wiesen oder Picknickdecken. Sie sitzen auf Sofas vor ihren Glotzen oder in Autos auf den Straßen, sagt Jill. Auf alle Fälle sehr isoliert. Den Menschen fehle der Kontakt mit Menschen. Und auf körperliche Isolation folge die geistige.

In den vergangenen Jahren sei die Gesellschaft in den USA zunehmend ungesünder geworden, «zunehmend» auch im wortwörtlichen Sinne, sagt sie augenzwinkernd. Aber ungesund können sich die Leute nicht leisten, weil sie keine Krankenversicherung haben. Auch die Sache mit dem Egoismus und dem fehlenden kritischen Denken sei aus ihrer Sicht immer schlimmer geworden, gerade zu Trump-Zeiten. Es fiel ihr immer schwerer, das mit anzusehen. Also ist Jill nach dem Studium abgehauen.

Entwicklungshilfe in Haiti und El Salvador. Dann Mali, Nigeria. Und weiter nach Serbien. Vor zwei Jahren ist Jill schließlich in Berlin gelandet. «Hier kann ich leben und studieren, ohne pleite zu gehen», sagt sie. Jill hat sich für Wirtschaftspsychologie eingeschrieben, mal sehen, was sie damit anstellt und ob sie nach ihrem Abschluss hier bleibt. Eigentlich sei es ziemlich einfach in Berlin, mit Englisch und ein paar Brocken Deutsch durchzukommen. Und natürlich sei es angenehm, sich auch nachts auf der Straße sicherer zu fühlen als vielleicht in ärmeren Ecken der Welt.

Es ist mehr die Infrastruktur als das Land, mehr die Leute als das kulturelle Angebot, was Jill an Berlin so sehr schätzt. Vor allem aber die große Freiheit, die sie hier aufsaugt. Die offeneren Menschen, die sich treffen und miteinander reden, sich tatsächlich füreinander interessieren. Die Meet-ups, bei denen sie neue Leute für Jam-Sessions und Backgammon-Partien kennenlernt. Die Restaurants, die sie besucht, wenn mal Geld übrig ist. Das Nachtleben, die Radwege, der Mauerpark. Das fühlt sich gerade alles besser an als das Leben in den Staaten. Und irgendwie auch nach einem neuem Zuhause.



Philipp Brandstädter, 36, lebt als Journalist (u.a. dpa) in Neukölln und war 2004 zum ersten Mal in den Vereinigten Staaten.



Fotografie: Austin Romeo (links), Christian Pankratz / Ostkreuz (oben), Jörg Brüggemann / Ostkreuz (unten rechts)

Austin Romeo

Geboren 1993 in Atlanta

Beruf: Hat einen Abschluss als Master of International Affairs (Hertie School of Governance), derzeit freiberuflich tätig (u. a. Rocket Internet)

Wir schlendern vom Richardplatz in die schmale Kirchgasse, über das Kopfsteinpflaster vorbei am Denkmal Friedrich Wilhelms, vorbei an kleinen bunten Fachwerkhäusern mit ihren noch kleineren Gärten, den Hecken, den Magnolienbäumen. Austin zeigt mir sein Rixdorf, die alte Gemeinde böhmischer Flüchtlinge, die so sehr anders aussieht als alles andere von Berlin, dörflicher. Die Plätze, Parks und Bauwägen inmitten des Neuköllner Trubels zwischen Sonnenallee und Karl-Marx-Straße haben Austin schon früher fasziniert. Schon damals, als er noch im fernen Prenzlauer Berg im Osten der Stadt gewohnt hat.

Jetzt lebt er hier in einer Zweier-WG, ist Teil der dörflichen Gemeinschaft. Wo alle miteinander leben und einander leben lassen, nickt Austin dem Mann im Comenius-Garten zu, der nie zurück grüßt. Und liest aus dem hohen Gras des Gemeinschaftsgarten die Walnüsse für die Dame auf, die sich ständig über die neuen Coworking-Lofts aufregt, die irgendein Spinner für ein paar hippe Startups mitten zwischen die Bauernhäuser und Jugendstilfassaden geklemmt hat.

Gentrifizierung ist überall Dauerthema, auch hier. «Natürlich bin auch ich Teil des Problems», sagt Austin. Aber immerhin verhalte er sich nicht wie ein Arsch. Wenigstens versuche er, nett und achtsam, freundlich und unauffällig zu sein. Das sei der feine Unterschied, sagt Austin. So ließen sich auch scheinbar so unterkühlte und introvertierte Urberliner aus ihrer harten Schale hervorlocken.

Als Austin vor fünf Jahren aus Atlanta hierher kam, hatte er nur eine grobe Vorstellung davon, wie Europa ticken würde. Gemeinschaftlicher, aufgeschlossener, freier als die Staaten. Nicht ganz so egoistisch, materialistisch, kapitalistisch. Genauso wusste er in etwa, inwiefern er sich hier anders durch die Stadt bewegen würde als die anderen, die zum Besuchen und Suchen herkommen. Austin ist kein Backpacker, kein Clubmonster, kein Instagramer.

Die digitale Sucht der Leute macht Austin traurig. «Legt doch mal eure verdammten Telefone weg und achtet darauf, was in dieser Stadt passiert», sagt er. Austin ist eher analog unterwegs, eher minimalistisch. Und dazu passe Berlin sehr gut. Wir biegen in einen Hinterhof ab. Dort liegt ein Haufen Kinderspielzeug in und um einen Sandkasten herum. Direkt vor einem kleinen Café und einem Fetisch-Shop. Könnte auch ein Postkartenmotiv sein, Austin mag so etwas. Juxtaposition, wie er dazu sagt.

«Mir kommt es oft so vor, als sei ich statt an einen anderen Ort in eine andere Zeit gereist.» In den Eckkneipen wird nach wie vor geraucht wie bekloppt und die Leute tanzen zu Musik aus der Jukebox. Die Ämter schicken sich Faxe. Es gibt sogar noch Telefonzellen. Dort können die Leute super ihre Kaffeebecher abstellen. «Manchmal kommt es mir so vor, als würde mir jemand eine 1980er-Doku direkt in mein Bewusstsein streamen», sagt Austin. In den Achtzigern fühlt er sich gut aufgehoben.

Fritteuse statt Tischkicker

Das Pfizer Building in New York ist ein «Inkubator» der Foodszene – und längst Vorbild für Start-ups in Deutschland. Hier ist man auf der Suche nach dem Essen von morgen.

Text: Jörn Kabisch

Denkt man an einen Coworking Space, hat man meist einen Saal voller Schreibtische vor Augen, dazu einen Tischkicker und viele junge Menschen mit Kopfhörern. Aber was, wenn sich in dem Saal Gemüseboxen stapeln, Fritteusen zischen und Messer klappern? Dann hat die Start-up-Kultur die Küche erreicht. Und könnte sie so verändern wie andere Branchen, die Telekommunikation, den Handel oder die Medien. Wird die digitale Revolution auch die Produktion von Lebensmitteln und die Art, wie wir essen, auf den Kopf stellen?

Ein guter Ort, um dieser Frage nachzugehen, ist das Haus Nummer 630 an der Flushing Avenue in Brooklyn, New York, ein in die Jahre gekommenes Fabrikgebäude mit großen Sprossenfenstern, das vor ein paar Jahren neu gekalkt wurde. Jahrzehnte wurden hier Tabletten gepresst, vom Pharmariesen Pfizer, deshalb heißt der Komplex Pfizer Building, obwohl hier schon lange keine Arzneien angerührt werden, sondern Suppen, Teige oder Eiscremes.

Wer Medikamente herstellt, braucht zimmergroße Kühlschränke und weiß geflieste Böden und Wände. So wie alle, die professionell kochen wollen. Seit 2012 ist das Pfizer Building ein Experimentierfeld für junge Menschen, die irgendwas mit Essen machen wollen. Und wurde zum Vorbild für eine ganze Handvoll sogenannter Inkubatoren, vor allem in Brooklyn, die die digitale Welt mit neuen gastronomischen Ideen verbindet.

Läuft man durch die weiten Gänge, heißt es immer wieder: ausweichen. Zwei Bäcker mit Schläfenlocken und Kippa schieben einen Konvoi aus Regalwagen vor sich her. Auf den Backblechen dampfen Bagels. Um die Ecke steht ein Koch vor offenen Styroporkisten und begutachtet Fische, die darin auf zerstoßenem Eis liegen. Immer wenn sich irgendwo eine Flügeltür öffnet, weht ein anderer Geruch in den Gang. Das Start-up Plantable bietet an, den kompletten Speiseplan seiner Kunden zu übernehmen, mit persönlicher Ernährungsberatung, ganz vegetarisch. Bei CookUnity dagegen kann man seinen persönlichen Koch buchen – per App.

Das Projekt Inkubator ist in Brooklyn aufgegangen. Der Südosten New Yorks ist zu einem Magnet für Gründer in den USA geworden. Nur in San Francisco sind in den vergangenen Jahren mehr Start-ups entstanden als in Brooklyn. Viele

verlassene Lagerhäuser und Fabriken ziehen die Kreativen an. Und auch Food-Start-ups boomen. 2018 haben sich die Investitionen in diesen Bereich verdoppelt, auf ein bis heute anhaltendes Niveau von rund 20 Milliarden Dollar weltweit.

Die Innovationsfreude reicht weit über die Lebensmittelproduktion hinaus. Die Gründerszene versucht, all die Innovationen, die die Digitalisierung und der Techbereich hervorgebracht haben, vom Acker bis zum Teller fruchtbar zu machen: Blockchain, BigData, Robotic und KI. Es gibt Leute, die halten das für die nächste Revolution der Nahrungsmittelwirtschaft, weil die Technologie erlaubt, mit der Monokultur und dem Raubbau Schluss zu machen und mehr Vielfalt auf den Teller zu bringen. Unter den Gründern können sich viele nur noch Nahrungsmittel vorstellen, die fair, nachhaltig und klimafreundlich hergestellt wurden.

Jemand, der gut erklären kann, was sich beim Essen zurzeit verschiebt, ist Eve Turow-Paul. Die 32-Jährige ist die Erfinderin der «Generation Yum». So wenigstens heißt das Buch, das sie 2015 herausbrachte: «The Taste of the Generation Yum». Turow-Paul sagt spontan zu, sich in einem Café in der 5th Avenue in Brooklyn zu treffen. Bei einem Cappuccino erzählt sie, wie es zu dem Buch kam. Es fing mit der Neugier an, warum um sie herum alle mit dem Smartphone Essen fotografierten.

Also sammelte sie Studien, führte Interviews mit Gleichaltrigen, sprach aber auch mit Experten wie Anthony Bourdain oder Michael Pollan. Ihr Buch beschrieb für die USA erstmals, welch hohen Stellenwert Essen für die Millennials hat, so werden die zwischen 1982 und 2002 Geborenen bezeichnet. 80 Millionen gibt es davon in den USA, ungefähr die Hälfte davon bezeichnet sich selbst als «Foodies». Nicht nur sie, auch die andere Hälfte, so sagt Turow-Paul, interessiert sich mehr fürs Kochen, für Zutaten und fürs Essen gehen als alle Generationen vor ihr. Und das gilt nicht nur für die USA, auch Zahlen aus Westeuropa legen das nahe. 42 Prozent der Millennials besuchen einmal im Monat ein Fine-Dining-Restaurant, doppelt so oft wie ihre Eltern. Ohnehin gehen sie öfters Essen als jede andere Altersgruppe.

«Ernährung ist in der Generation Y ein fester Teil der Identität geworden, mehr als Musik oder Autos», schrieb Turow. Das seien Statussymbole der Vergangenheit. Und mit dem Fokus auf den Teller steigt auch das politische Bewusstsein für das, was darauf liegt. «Die Klimakrise hat das noch einmal entscheidend verstärkt», sagt sie. «Essen kann die Welt retten», fasst Eve Turow-Paul zusammen, was viele in der Food-Start-up-Szene antreibt. Die Gründer setzen auf die Disruptivität der neuen Techniken, der neuen Arbeitszusammenhänge und der neuen Konsumgewohnheiten.

Das Haus 148 Lafayette Street liegt mitten in SoHo. Auf drei Etagen gibt es hier Coworking-Räume. Tritt man aus dem Lift, erwartet man, auf einen Empfang zu treffen, auf arbeitsame Stille, aber nicht auf Cocktails, Schnitzchen, Chili sin carne und lautes



Stimmengewirr. Es ist eine interne Feier, der Anlass: die Gründung des WeWork Food Labs – ein Labor für Food-Start-ups. Es ist das erste branchenspezifische Angebot des Unternehmens, das Coworking Spaces für Firmen und Selbstständige anbietet. WeWork ist aber nicht nur Vermieter, es begreift sich als Accelerator – Beschleuniger – und bietet seinen Mietern Beratung, Trainings, Vernetzung, Know-how an, vor allem, wenn ihre Geschäftsidee noch nicht ganz ausgereift ist.

Menachem Katz beobachtet die jungen Gründer, die sich hier zum ersten Mal kennenlernen, mit einem kleinen Lächeln. Er ist 39, ehemals Koch und der neue Chef des New Yorker Food Lab. 2018, erzählt er, überprüfte WeWork sich auf Nachhaltigkeit, und vor allem, was das kulinarische Angebot anging, war die Bilanz rot. «Seitdem gibt es in unseren Räumen kein Fleisch mehr», sagt Katz. «Wir zahlen es unseren Mitarbeitern nicht mehr, und bieten es auch im Catering für die Mieter nicht mehr an.» Und es entstand die Idee, Stipendien für Food Start-ups aufzulegen. Schon beim ersten Mal bewarben sich gleich um die 500, großteils mit Projekten zur Müllreduzierung, für umweltfreundliche Verpackungen und Proteinen auf Pflanzenbasis. Die neuen Gründer, sagt Katz, wollten aber nicht nur innovative Technologien in die Ernährungswelt bringen, sondern auch andere Werte: «Food wird Teil der Kreativindustrie.»

Berlin, Torstraße, dort, wo sich in der deutschen Hauptstadt die Kreativwirtschaft tummelt. Im Café Hermanns sitzen etwa 50 Leute um ein kleines Podium. «Hands up, please», sagt Fabio Ziemßen. «Wer ist Gründer, wer Geldgeber?» Seit über zwei Jahren lädt der 35-Jährige zu solchen Treffen. Er ist Director Food Innovation beim Metro-Konzern und damit so etwas wie der Zukunftsbeauftragte des Einzelhändlers. Dazu gehört auch, einen Überblick über die Szene zu bekommen, gerade in Europa.

Hier sieht die Lage noch anders aus als in den USA. Vor allem Lieferdienste wie Deliveroo, Hello Fresh oder Takeaway schafften es, in den vergangenen Jahren Geldgeber anzuwerben. Erst seit 2019 wird das Spektrum breiter. Die Start-up-Kultur sei in den USA einfach noch eine andere, sagt Ziemßen. Dort regiere stärker das Wizard-of-Oz-Prinzip. Eine Vision wird vorangestellt, dann gehandelt, Probleme möglichst selbst gelöst – es entstehe weniger Frust, wenn Politik, Wirtschaft oder Banken nicht die Risikobereitschaft zeigten, die man sich als Gründer wünsche.

Und was sind das für Menschen, die in Deutschland Food-Start-ups gründen? «Die meisten sind Millennials», sagt Ziemßen. «Dabei gleichen sie in einem wesentlichen Punkt den restlichen Gründer-Generationen: Viele haben eine persönliche Leidenschaft – und sie wollen sich auch verwirklichen.»

Jörn Kabisch beschäftigt sich als Journalist und Kolumnist «mit allem, was man in den Mund nehmen kann» (u.a. für *taz*, *Freitag*, *Effilee*) und ist Buchautor («Mit Herd und Seele», Piper 2018).

Es ist Zeit für eine transatlantische digitale Agenda

Eines ist in der Coronakrise klargeworden:
Der Zugang zum Internet ist längst eine Frage der öffentlichen Daseinsvorsorge und der sozialen Gerechtigkeit geworden.

Text: Julia Reda

Die Coronakrise hat unseren Blick auf die Digitalisierung verändert. Defizite bei der digitalen Verwaltung und beim Breitbandausbau sind schlagartig in den Fokus gerückt und stellen Gesellschaften auf beiden Seiten des Atlantiks vor enorme Herausforderungen. Stärker als je zuvor laufen unsere alltäglichen Interaktionen im Bildungssystem, am Arbeitsplatz und auch mit der öffentlichen Verwaltung über kommerzielle Onlinedienste – von der Videokonferenz via Zoom über die WhatsApp-Gruppe mit den Kolleg/innen bis hin zum Cloudserver von Amazon.

Dieser notgedrungene digitale Entwicklungsschub birgt durchaus Chancen, aber er muss politisch gestaltet werden. Mehr denn je ist eine koordinierte transatlantische Digitalpolitik notwendig, da die Macht und das Potential zum Missbrauch, das sich in den Händen einiger weniger Technologiekonzerne sammelt, auch in Krisenzeiten stetig weiter anwächst. Die Regulierung eines globalen Mediums kann nur funktionieren, wenn sie im internationalen Austausch geschieht. Es braucht eine transatlantische digitale Agenda, die unsere Grundrechte in der Kommunikation in den Mittelpunkt stellt.

Plattformen übernehmen vermehrt quasi-hoheitliche Aufgaben – sei es die Entscheidung darüber, welche Inhalte als legal oder illegal gelten, die Moderation politischer Debatten in Wahlkampfzeiten oder gar die Implementierung von Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung. Der Cambridge-Analytica-Skandal hat ein Schlaglicht auf drohende Manipulation von Wahlen durch personalisierte Werbung in den USA und Europa geworfen. Bei den US-Wahlen 2020 besteht erneut die Gefahr asymmetrischer Demobilisierung durch gezielte Online-Desinformation, die insbesondere afroamerikanische Wähler/innen von der Urne fernhalten soll. Was fehlt, ist eine transatlantische Debatte über das Geschäftsmodell der

personalisierten Werbung, das vermehrt unseren öffentlichen Diskurs formt – nicht nach den Vorlieben der Nutzer/innen, sondern nach den Wünschen der Werbetreibenden.

Die Europäische Union hat mit der Datenschutzgrundverordnung einen Anfang gemacht. Diese weist das Geschäftsmodell der personalisierten Werbung mittels genauem Tracking von Nutzungsverhalten in grundrechtliche Schranken. Vergleichbare Regeln fehlen den USA weitestgehend. An anderer Stelle kann Europa von amerikanischen Ansätzen lernen – wenn nicht auf der föderalen, dann doch auf der lokalen Ebene. In mehreren Kommunen in den USA ist die Gesichtserkennung im öffentlichen Raum verboten, um die Bevölkerung vor weitreichender Überwachung und drohender Diskriminierung durch Anwendungen maschinellen Lernens zu schützen.

Die Regulierung des Internets bedeutet auch, seine Potentiale zu realisieren

Die Debatte darüber, wie die sogenannte Künstliche Intelligenz gesellschaftliche Diskriminierungsmuster reproduzieren und verstärken kann, ist in Europa im Vergleich zu den USA noch in den Kinderschuhen. Von einem allgemeinen Moratorium für Gesichtserkennung im öffentlichen Raum, bis die Gefahren für die Grundrechte besser erforscht sind, hat die EU-Kommission in ihren Plänen zur KI-Regulierung leider abgesehen. Kurz vor Verabschiedung der KI-Strategie in Brüssel hatten sich IT-Konzernchefs wie Mark Zuckerberg die Klinke in die Hand gegeben.

Die Regulierung des Internet darf sich jedoch nicht darauf beschränken, Gefahren einzudämmen, Gefahren zu beschränken, sondern muss auch Potentiale realisieren. Die Basis einer transatlantischen digitalen Agenda muss ein Grundrecht auf Breitband-Internet

sein. Um die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen, mussten im Frühjahr schlagartig weite Teile unserer Bildungs- und Arbeitswelt ins Internet verlegt werden. Weder die USA noch Europa waren ausreichend auf diese riesige Herausforderung vorbereitet, doch eins ist in der Krise klargeworden: Zugang zum Internet ist längst eine Frage der öffentlichen Daseinsvorsorge geworden. Wer in Zeiten eines Lockdowns nicht über einen Breitbandanschluss verfügt, ist von weiten Teilen des öffentlichen Lebens abgeschnitten.

In der EU wird zum Ende des Jahres 2020 eine Grundversorgung mit Breitband-Internet – mindestens in einer ausreichenden Qualität für Videotelefonie – verpflichtend. Ob dieses Ziel in der Praxis in allen Mitgliedstaaten erreicht wird, ist aber noch mehr als fraglich. Um die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise abzufedern, bedarf es in Europa und besonders in den USA, wo die Arbeitslosenzahlen rasant angestiegen sind, umfangreicher staatlicher Investitionsprogramme. Ein wesentlicher Teil davon sollte in den Aufbau digitaler Infrastruktur fließen, um auf die nächste Krise besser vorbereitet zu sein. Den Digital Divide zu schließen, also die Unterschiede im Internetzugang zwischen Stadt und Land, Armen und Reichen, strukturstarken und -schwachen Regionen, ist mehr denn je eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Julia Reda war von 2014 bis 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments innerhalb der Fraktion Die Grünen/EFA und von 2013 bis 2015 die Vorsitzende der Young Pirates of Europe. Seit 2019 forscht Reda im Rahmen eines Fellowships am Berkman Klein Center for Internet & Society der Harvard University.

«Ein Anfang ist gemacht: Die Europäische Union weist die personalisierte Werbung in die Schranken. In den USA verbieten Kommunen die Gesichtserkennung im öffentlichen Raum. Nun können beide voneinander lernen.»



«Wir blicken realistischer auf China»

Trotz Trump – die US-Demokratie ist uns immer noch unendlich viel näher als Chinas totalitäres System, sagt der Grünen-Europaabgeordnete Reinhard Bütikofer. Wenn Europa und die USA sich einig sind, können sie sehr viel erreichen, meint Julianne Smith, Beraterin des US-Präsidentschaftskandidaten Joe Biden.

Interview: Felix Lee



Herr Bütikofer, wird China als Gewinner dieser Corona-Krise hervorgehen?

Reinhard Bütikofer (RB): Die Führung in Peking versucht, diese Krise zu einer Stärkung der eigenen Position zu nutzen. Ihr kommt entgegen, dass Präsident Trumps USA in dieser Situation international keinerlei Führungsrolle spielen. Trotzdem rechne ich nicht damit. Mit Maskendiplomatie wollte Peking sich als guter Partner präsentieren. Doch Chinas Propaganda löst spürbare Gegenreaktionen aus. Eine junge Garde chinesischer Diplomaten zerstört mit aggressivem Verhalten Hoffnungen auf Partnerschaft mit China. Die Sorge steigt, dass China die Krise ökonomisch ausnutzen könnte. Wir sind in Europa zu Gegenwehr fähig und ergreifen auch praktische Schritte dazu.

Der Westen verzeichnet aber sehr viel mehr Virus-Opfer.

RB: Es ist nicht zu leugnen, dass in Europa und den USA im Kampf gegen die Pandemie Fehler begangen wurden, die Leben kosten. Aber Vorsicht beim Zahlenvergleich. Sind Chinas Zahlen vertrauenswürdig? Dazu kommt: China trägt durch seine verheerende Politik beim Ausbruch von COVID-19 große Verantwortung. Anders als etwa Taiwan haben wir die Zeit, die wir hatten, nicht gut genug genutzt. Auch die notwendige Solidarität fehlte. Frankreich und Deutschland verhängten Anfang März Exportverbote bei Schutzmasken – eine Sünde wider den europäischen Geist. Zu Selbstlob haben wir gewiss keinen Anlass.

Frau Smith, wie wird Ihrer Einschätzung nach die Weltordnung nach dieser Krise aussehen?

Julianne Smith (JS): Eine eindeutige Prognose wage ich nicht, die Krise hält

ja noch an. Ein Szenario könnte lauten, der Westen lernt aus seinen Fehlern und rückt wieder mehr zusammen. Wir kooperieren eng bei der Suche nach einem Impfstoff, der dann weltweit zur Verfügung gestellt wird. Wir würden damit ein starkes Zeichen setzen für Demokratie und globale Verantwortung. Ein sehr viel düsteres Szenario: Die Welt gerät in eine schwere Finanzkrise. Die Europäische Union bricht zusammen, weil sie sich nicht in der Lage sieht, ein Land wie Italien zu retten. Autokraten könnten gestärkt hervorgehen – auf Kosten der Freiheit. Unsere demokratischen Institutionen wären ernsthaft bedroht.

Anders noch als bei der Finanzkrise vor zehn Jahren scheinen die großen Volkswirtschaften bei dieser Krise nicht koordiniert vorzugehen.

JS: Mit Trump ist in den USA ein Präsident im Amt, der keine globale Führungsrolle mehr wahrnimmt. Trump ist gar nicht auf die Idee gekommen, die G7- oder die G20-Staaten an einen Tisch zu bringen. Das mussten andere Nationen tun. Zudem haben die USA ihre europäischen Verbündeten dupiert, indem sie alle Flugverbindungen gekappt haben, ohne das vorher abgesprochen zu haben. Ob es dem Westen unter diesen Umständen gelingt, ein globales Vorgehen hinzubekommen, einschließlich der Zusammenarbeit mit China? Ich denke, es gibt durchaus eine Neigung in diese Richtung. Aber ob das unter dem derzeitigen Präsidenten stattfindet, wage ich zu bezweifeln.

RB: In der EU ist in den letzten anderthalb Jahren gegenüber China mehr Realismus eingekehrt. Gegen Dumping oder zum Schutz von kritischer Infrastruktur gehen wir gemeinsam vor. Die EU sieht China nicht mehr nur als Partner, sondern auch als systemischen Rivalen. Chinas Menschenrechtsverletzungen sind stärker im Fokus. Xi Jinpings China ist aggressiver und nationalistischer als das China Deng Xiaopings war. Was China-Kritik betrifft, sind sich Europa und die USA eigentlich nahe. Dass Präsident Trump keine Partner kennt, sondern Alleingänge liebt, macht es aber schwerer, China multilateral einzubinden.

Auch die USA scheint nicht viel von Solidarität zu halten. Für Frankreich vorgesehene Masken schnappten die USA auf einem chinesischen Flughafen weg – zum dreifachen Preis. Die chinesischen Medien amüsierten sich köstlich darüber.

«Die US-Demokratie ist uns immer noch unendlich viel näher als Chinas totalitäres System. Ich weiß von keiner demokratischen Kraft in Deutschland, die das in Frage stellt.»

Smith: Ja, in den letzten dreieinhalb Jahren gab es erhebliche transatlantische Spannungen. Und die Chinesen und Russen haben diese Gelegenheit genutzt. Jedes Mal, wenn eine Gesellschaft von innen gespalten wird, oder wenn Verbündete sich streiten, ist es ein leichtes für einen Dritten zu sagen: Sie sind mit uns besser aufgehoben.

Gerade die Deutschen pflegen wirtschaftlich beste Beziehungen zu China. Die USA fordern Deutschland auf, sich zu entscheiden.

RB: Trotz der negativen Erfahrungen mit diesem US-Präsidenten – die US-Demokratie ist uns immer noch unendlich viel näher als Chinas totalitäres System. Ich weiß von keiner demokratischen Kraft in Deutschland, die das in Frage stellt. Das lässt aber für nüchterne Beziehungen mit China genug Platz.

Aber die deutsche Wirtschaft – für sie ist China einer der wichtigsten Märkte.

RB: Große Konzerne wie Siemens etwa haben so viele Eier in den chinesischen Korb gelegt, dass sie jetzt zu abhängig von diesem Markt sind. Die deutsche Geschäftswelt besteht aber auch aus vielen mittelständischen Unternehmen. Diese haben heute ein viel

kritischeres Verhältnis zu China als noch vor wenigen Jahren. Ich erwarte eine gewisse Neuorientierung auf andere asiatische Wachstumsmärkte.

Frau Smith, war es nicht ein Fehler, dass die Europäer sich zu lange auf die USA verlassen haben?

JS: Europäer und Amerikaner sind sich uneins, seit sie vor 70 Jahren zusammengekommen sind. Es gab immer wieder Streit, etwa bei Handels- oder Sicherheitsfragen, beim Irak-Krieg. Das Verhältnis war schon immer nicht einfach. Doch sobald es eine handfeste Krise gibt, sind die ersten Länder, die Europäer oder Amerikaner jeweils anrufen, die auf der anderen Seite des Atlantiks. Europäer sind diejenigen, die mit den Amerikanern die meisten Werte teilen. Und so sehr sich Europäer über die Vereinigten Staaten beschwerten – wir sind es, von denen ein Großteil ihres Wohlbefindens abhängt. Und seien wir mal ehrlich: Wenn sich Europa und die USA in globalen Fragen nicht einig werden, gibt es auch keine andere Kombination, die die Probleme lösen kann. China und Indien können sie nicht alleine lösen, Russland und China kriegen das auch nicht hin. Wenn Europa und die USA dagegen sich einig sind, können sie sehr viel erreichen.

Obamas «Schwenk nach Asien» – stellte das nicht eine Abwertung der transatlantischen Beziehungen dar?

RB: Wenn wir glaubten, die USA würden weiter so für Europas Sicherheit eintreten wie das früher der Fall war, wären wir blind. Dass der Fokus der USA sich zum Pazifik verlagert hat, spiegelt eine reale Kräfteverschiebung wider. Sich als Europäer über diesen Schwenk zu beschweren, war naiv. US-Außenministerin Hillary Clinton antwortete bei der Münchner Sicherheitskonferenz einmal genervt: «Dann machen Sie doch ihren eigenen Schwenk.» In der Tat. Etwas ist auch passiert: Die EU hat ihre eigene Konnektivitätsstrategie gegenüber Asien entwickelt, sucht dort neue Partnerschaften. Und ja, Europa muss stärker für seine eigene Sicherheit sorgen. Das stimmte schon, bevor Trump kam.

Irgendwann wird es wieder eine USA ohne Trump an der Spitze geben. Wie glauben Sie, wird die Beziehung der USA zu China dann sein?

JS: Unter Trump ist Washington zwar nach rechts gerückt. Die Kritik an China ist aber parteiübergreifend. Die Demokraten würden möglicherweise eine andere Sprache wählen und nicht von einer Entkopplung von China reden. Sie wünschen sich auch, dass die Regierung Trump offener für den Schutz der Menschenrechte eintritt. Europa



muss sich aber im Klaren sein: An den Grundzügen der China-Politik der Trump-Regierung wird die USA festhalten. Auch ein neuer Präsident wird mit der chinesischen Führung über den ungleichen Handel streiten. Ein wesentlicher Unterschied wird sicherlich sein, dass die europäischen Verbündeten wieder stärker eingebunden sind.

Julianne «Julie» Smith ist eine politische Entscheidungsträgerin aus den USA. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Europa und die transatlantischen Beziehungen. Von 2014 bis 2018 war sie Direktorin des Transatlantic Security Program am Center for a New American Security (CNAS). Bevor sie zu CNAS kam, war sie in der Obama-Regierung stellvertretende nationale Sicherheitsberaterin des damaligen Vizepräsidenten Joe Biden.

Reinhard Bütikofer ist Europaabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen. Für seine Fraktion ist er Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten sowie im Ausschuss für internationalen Handel. Zuvor war er stellvertretender Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zur Volksrepublik China und Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Er ist Mitglied im Vorstand der Atlantik-Brücke und Beisitzer im Vorstand der Deutschen Atlantischen Gesellschaft.

Felix Lee war von 2012 bis 2019 China-Korrespondent der taz in Peking. 2011 ist sein erstes Buch erschienen: «Der Gewinner der Krise – was der Westen von China lernen kann», 2014 sein zweites: «Macht und Moderne. Chinas großer Reformator Deng Xiaoping. Eine Biographie» – beide erschienen im Rotbuch Verlag.



Viele US-Amerikaner/innen wissen bis heute wenig über die globalen Dimensionen der Sklaverei in den Vereinigten Staaten. Auch über die Folgen, welche die weltweite Kolonialpolitik auf Handel, Politik und kulturelle Wahrnehmung bis heute hat. Selten auch hört man Europäer/innen über ihre Beteiligung am amerikanischen Sklavenhandel sprechen. Im Interesse einer gemeinsamen Zukunft muss sich das ändern.

Kolonialismus, Rassismus und Sklaverei: Es wird Zeit, sich zu erinnern

Text: Sam Fulwood III

Das erlernte Wissen der meisten Amerikaner über die Weltgeschichte und die Geschichte der USA tendiert stark in Richtung isolierter, episodenhafter und feierlicher Versatzstücke, welche US-amerikanische Tugenden beschwören. Dieses ungenaue und fragmentarische Verständnis globaler historischer Zusammenhänge ist der Hauptgrund für die oft spannungsreichen Begegnungen, die Amerikaner erleben, wenn sie reisen und mit Menschen aus aller Welt interagieren. Dass unsere jeweiligen Geschichten häufig und umfassend missverstanden werden, macht es fast unmöglich, unsere kulturellen und politischen Gräben zu überwinden, obwohl unsere Schicksale immer stärker über Grenzen hinweg miteinander verbunden sind.

Ich bekenne mich schuldig. Die meiste Zeit meines Lebens war meine Sicht der Welt beschränkt durch eine lückenhafte Bildung und fixiert auf den amerikanischen Exzeptionalismus. Ich lernte, dass Menschen aus Europa in die USA auswanderten, um Not und Entbehrung in der Heimat zu entgehen und sich in der Neuen Welt eine bessere Existenz aufzubauen. In der Grundschule lernten wir, wie sich die Gründerväter gegen die britische Krone auflehnten und die Rechte und Freiheiten jedes Einzelnen verbrieften, wodurch unser Land, erbaut auf dem Fundament demokratischer Freiheiten, für alle Welt zum ersehnten Vorbild wurde.

Die Sklaverei war zwar auch Unterrichtsstoff. Aber sie wurde beschönigt als ein nur vorübergehender – wenngleich zweieinhalb Jahrhunderte andauernder – Schandfleck. Abgeschafft wurde die Sklaverei erst, nachdem die US-Verfassung erklärt hatte, man wolle «einen vollkommeneren Bund schaffen» und die Bill of Rights «Freiheit» und «Gerechtigkeit» unter besonderen Schutz gestellt hatte. Und nicht zuletzt nach einem blutigen Bürgerkrieg. Zahlreiche empirische Details dieser Geschichte waren mir bis weit ins Erwachsenenalter gänzlich unbekannt.

Ein namhaftes Beispiel war die Rolle, welche der atlantische Dreieckshandel für die Gründung der USA spielte. Trotz guter Noten in der Schule und im Studium

wusste und verstand ich nichts von dem multinationalen System, in dem europäische Nationen, Potenzen und Handelsgesellschaften davon profitierten, versklavte Afrikaner in die Amerikas und westindischen Kolonien zu verkaufen, um dort Außenposten zu gründen und finanziell tragfähig zu machen.

Ich bin mir sicher, dass viele gebildete Amerikaner/innen richtiggehend schockiert wären, zu erfahren, dass Afrika lange mit Europa Handel getrieben hatte – mit Textilien, Bodenschätzen und Lebensmitteln –, und zwar Jahrhunderte, bevor deren Händler auf Land jenseits des Atlantiks stießen. Diese Handelsbeziehung war jedoch nichts im Vergleich zum unglaublichen Ausmaß und der Unmenschlichkeit der europäischen Ausbeutung und Ausplünderung Afrikas im 15. und 16. Jahrhundert, die zur Gründung des kolonialen Amerika beitrug. Historiker des «National Museum of African American History and Culture» in Washington, D.C. gehen davon aus, dass bis zu 12 Millionen Menschen aus Afrika gewaltsam über den Atlantik verschleppt wurden; weitere Millionen starben während der Gefangennahme oder auf der Überfahrt. Jene, die überlebten, galten als «bewegliches Hab und nach Gut», ohne jede menschlichen Rechte oder Würde.

Der transatlantische Sklavenhandel ließ Europas Drang nach globaler Vorherrschaft und Gier nach

geraubtem Reichtum wachsen. Den Anfang machten portugiesische Entdecker, die entlang der westafrikanischen Küste mit Gold und Menschen handelten. Handelsunterlagen belegen, wie diese Händler den transatlantischen Sklavenhandel einläuteten, als sie im Jahr 1444 235 Afrikaner aus dem heutigen Senegal exportierten. Später, im Jahre 1564, begannen die Briten im Rahmen von John Hawkins Expeditionen, sich an diesem Geschäft zu beteiligen. Durch Habsucht und Gier der Europäer wurde Afrika seiner Ressourcen und seiner Menschen beraubt. Der transatlantische Dreieckshandel trug dazu bei, dass sich eine Plantagenwirtschaft zuerst in Südamerika und der Karibik entwickelte, und schließlich in Nordamerika. Versklavte Afrikaner/innen, die mit unmenschlicher Grausamkeit behandelt wurden, waren die unbezahlten Arbeitskräfte, durch die sich gewinnbringend mit Edelmetallen, Zucker, Tabak und Baumwolle handeln ließ. Waren, die an europäische Industrielle exportiert wurden.

Die Siedlungen in Amerika waren nur ein Bruchteil der aggressiven und missbräuchlichen europäischen Kolonisierung. Noch bevor sie die Neue Welt betraten, hatten europäische Nationalstaaten und Handelsgesellschaften bereits ihre Fahnen in Asien und Afrika aufgepflanzt. Sie beanspruchten Land, welches sie «entdeckt» hatten, ohne die Rechte und die Kulturen der Menschen zu berücksichtigen, die lange vor ihnen dort gelebt hatten.

Ein Beispiel ist die koloniale Ausbeutung von Benin, wo die Briten, beinahe ein halbes Jahrhundert nachdem sie die Sklaverei im Jahr 1836 abgeschafft hatten, neue Quellen für billige Arbeitskräfte für ihre südasiatischen und afrikanischen Kolonien suchten und fanden. So brach das alte Königreich Benin, das unzählige Jahrhunderte überstanden hatte, im Jahr 1897 zusammen, nachdem britische Truppen einmarschiert und es dem Empire einverleibt hatten.

Bis vor relativ kurzer Zeit war mir dieser Teil der Geschichte unbekannt. Ich bezweifle, dass ich mit meiner Unwissenheit alleine war. Gina Abercrombie-Winstanley, eine erfahrene Schwarze US-amerikanische Diplomatin, erzählte mir, als ich sie kürzlich interviewte, erst in einem Seminar an der Uni habe sie erfahren, dass Europa die Sklaverei in den USA und anderswo finanzierte. «Erst als ich Internationale Beziehungen an der Universität studierte, habe ich davon gehört», sagte sie, «und selbst dann beschränkte sich der Lernstoff weitgehend auf die Gräueltaten der Belger im Kongo».

Die ganz überwiegende Mehrheit der US-Amerikaner/innen weiß wenig über die globalen Dimensionen der Sklaverei in den Vereinigten Staaten oder über die Folgen, welche die weltweite Kolonialpolitik auf Handel, Politik und kulturelle Wahrnehmung noch heute hat. Der Mangel an historischem Wissen trägt dazu bei, dass viele Amerikaner die Herausforderungen der Menschen und Länder in anderen Teilen der Welt missverstehen, und folglich nicht in der Lage sind, Einvernehmen darüber herzustellen, wie ihnen zu begegnen sei.

Gina Abercrombie-Winstanley wurde später von Barack Obama zur Botschafterin der USA in Malta ernannt. Sie weist darauf hin, dass ihr erst durch ihre Arbeit als Diplomatin bewusst wurde, dass historisches Unwissen keine geographischen Grenzen kennt. Europäer, sagte sie mir, scheinen ebenso wenig zu wissen, wie

der atlantische Dreieckshandel den Verlauf der Weltgeschichte geprägt hat: «Wenn sie merken, wie ignorant wir [Amerikaner] sind, atmen sie leise auf, und sie profitieren dann weiter davon, dass sie scheinbar nichts mit unseren schwierigen Beziehungen zu ihnen zu tun haben. Niemals habe ich erlebt, dass ein Europäer die eigene Beteiligung am amerikanischen Sklavenhandel angesprochen hat. Nie.»

Ein Hoffnungsschimmer, dass sich dieser gemeinsame Mangel an Bewusstsein und Einfühlungsvermögen überwinden lässt, ist Alan Rices wegweisende Forschung und Erinnerungsarbeit zum «Black Atlantic» an der Universität von Central Lancashire in Preston in Großbritannien. Rice arbeitet mit Museen und lokalen Organisationen auf beiden Seiten des Atlantiks zusammen, um Aufmerksamkeit auf diesen Teil der Geschichte zu richten und zu verhindern, dass die europäische Mitverantwortung für das Erbe der Sklaverei in Vergessenheit gerät. Mit seinem bemerkenswerten Buch «Creating Memorials, Building Identities: The Politics of Memory in the Black Atlantic» bietet Rice interessierten Weltbürgerinnen und -bürgern auf beiden Seiten des Atlantiks die Möglichkeit, zu lernen und darüber zu diskutieren, wie das Vermächtnis der Sklaverei aus dem öffentlichen Raum und aus dem kulturellen Gedächtnis gestilgt wurde.

Diese Arbeit ist nicht einfach. Aber sie ist notwendig, denn wir leben in einer zunehmend voneinander abhängigen und miteinander verbundenen globalen Gesellschaft. Im Interesse unserer gemeinsamen Zukunft sollten wir alle versuchen, jene Klüfte zu überwinden, die von der quälenden Erinnerung an den internationalen Sklavenhandel und den nach wie vor spürbaren Folgen herrühren, die dieser in unseren miteinander verbundenen Nationalgeschichten hinterlassen hat.

Sam Fulwood III ist Senior Fellow am Center for American Progress in Washington, DC. Er ist unter anderem Gründer des dortigen Leadership Institute, eines Programms zur Förderung von People of Color in öffentlichen Institutionen, und war mehrere Jahrzehnte als Journalist tätig.

«Trotz guter Noten in der Schule und im Studium wusste und verstand ich nichts von dem multinationalen System, in dem europäische Nationen, Potentaten und Handelsgesellschaften davon profitierten, versklavte Afrikaner in die Amerikas und westindischen Kolonien zu verkaufen, um dort Außenposten zu gründen und finanziell tragfähig zu machen.»

«Klar machen, wofür man steht»

Der Rechtspopulismus stellt eine zunehmende Bedrohung für die liberalen Demokratien dar, sowohl in Europa als auch in den USA. Die Politologin Célia Belin vom Thinktank Brookings beschreibt, wie diese Entwicklung die transatlantischen Beziehungen beeinflusst – und denkt über mögliche gemeinsame Antworten auf diese Probleme nach.

Interview: Johanna Roth

Frau Belin, was ist derzeit die größte Herausforderung für liberale Demokratien?

Sie sind von zwei Seiten gleichzeitig herausgefordert: Von innen und von außen. Von außen, weil der Wettbewerb mit autoritären Staaten wie China zunimmt. Das zeigt sich gerade in der Corona-Krise, weil sie Staaten auf die Probe stellt: Welches Modell ist anpassungsfähiger, das autoritäre oder das libertäre? Und dann gibt es die Spannung von innen. Wir haben kürzlich zwei – beziehungsweise drei, wenn man den Brexit mitzählt – interessante Wahlen gesehen: Die von Donald Trump einerseits und die von Emmanuel Macron, der quasi aus der Asche des französischen Parteiensystems gestiegen ist, andererseits. Statt eines Systems von vier oder fünf Parteien dominierte im jeweiligen Land plötzlich eine neue, populistische Bewegung den öffentlichen Diskurs. Während der Finanzkrise vor zehn Jahren wurden die liberalen Demokratien des Westens in ihrem Kern erschüttert, und das hat dieses Gleichgewicht zerstört.

Wie beeinflussen diese Entwicklungen die transatlantischen Beziehungen?

Auch das zeigt sich am Beispiel der Coronakrise. Partnerschaften und Machtbalancen sollten eigentlich gut funktionieren. Was wir aber sehen, ist ein enormer Rückgang an Führungsstärke

der USA. Für Trump ist jeder ein potentieller Feind. Er hat gar nicht erst den Anspruch, ein Bündnis zu führen, er verweigert sich völlig. Auf der anderen Seite steht eine EU, die unfähig zur Solidarität scheint, der Spanien und Italien verlorengelassen. In der Außenpolitik verschieben sich gerade Welten. Denn wer das Machtvakuum füllen wird, das Trump mit seiner Nicht-Außenpolitik geschaffen hat, liegt auf der Hand: China.

Donald Trump befürwortet den Brexit und hat sich in der Vergangenheit auch mit Marine Le Pen freundschaftlich getroffen. Woher kommt diese «transatlantische Populismusallianz»?

Trump, Farage, Le Pen oder auch Salvini – sie alle sind das, was wir «populistische Nationalisten» nennen und haben denselben Hintergrund: Die Krise der demokratischen Institutionen, bedingt durch sozioökonomische Faktoren. Nicht nur sind etwa Parteien oder Gewerkschaften nicht mehr repräsentativ, sie verschwinden einfach. Mit steigender Globalisierung erfüllen sie ihren Daseinszweck nicht mehr. Frankreich ist ein Beispiel, aber in den USA sieht man eine noch krassere Entwicklung, auch wirtschaftlich. Die Löhne steigen viel zu langsam, die Preise umso mehr. Von Altersvorsorge ganz zu schweigen. Deshalb leiden gerade die Menschen in den USA furchtbar unter der Corona-Krise. Allerdings wird auch Trump diese Krise politisch nicht unbeschadet überstehen. Sie wird zu sehr an ihm haften bleiben, als dass er die Wahl noch mal so einfach gewinnen könnte wie 2016.

Wo haben die Parteien links der Mitte versagt? Die US-Demokraten haben ja eine ähnliche Entfremdung hinter sich wie die französischen Sozialisten oder die SPD.

Sie haben den richtigen Moment zur Radikalisierung verpasst, nach der Finanzkrise 2008. Damals hatten sie mehrheitlich das Problem, dass sie in der Regierungsverantwortung waren. Sie entschieden sich deshalb für den

Weg der Vernunft und legten sich eine Erzählung zurecht, nach der es ihnen unmöglich gewesen sei, die Veränderungen durchzusetzen, die es gebraucht hätte, um die sozialen und politischen Zustände zu verhindern, die wir heute haben.

In den USA wird noch in diesem Jahr gewählt, in Deutschland nächstes Jahr, in Frankreich im übernächsten. Was ist nötig, um die Wählerinnen und Wähler der Populisten zurückzugewinnen?

Für die Demokraten geht es vor allem darum, Nichtwähler zu mobilisieren. Denn die Republikaner gewinnen immer dann, wenn die Wahlbeteiligung niedrig ist. Vor allem aber müssen die Demokraten aufhören, so zu tun, als sei die Wahl 2016 ein Unfall gewesen. Die US-Präsidentenwahl könnte auch eine Art Blaupause für zukünftige Wahlen in Europa sein: Wir haben eine klare populistische Strömung, die im politischen Establishment angekommen ist und der ein progressives Gegenangebot gegenübersteht. Klingt bedrückend, aber es bietet auch die Chance, stärker in die Offensive zu gehen und wieder klarzumachen, wofür man steht. Um die gesellschaftliche Spaltung zu bekämpfen, brauchen wir Instrumente, die Antworten auf möglichst viele Fragen geben. Der Green New Deal, für den sich Bernie Sanders eingesetzt hat, ist ein gutes Beispiel, weil er die ökologische mit der sozialen Frage verbindet. Aber auch die aktuelle Krise bietet progressiven Kräften die Gelegenheit, Prioritäten neu zu setzen.

Célia Belin ist Gastprofessorin beim Center on the United States and Europe bei der Brookings Institution, einem Thinktank mit Sitz in Washington, D.C. Zuvor war sie u.a. als Beraterin des französischen Außenministeriums tätig.

Johanna Roth berichtet als freie Korrespondentin aus den USA, u.a. für Zeit-Online.



Online-Dossiers

COVID-19 – die lokale Perspektive

Analysen und Berichte zu den lokalen Auswirkungen und Aspekten der COVID-19-Epidemie in den USA und Kanada.

us.boell.org/en/local-covid-19

Route 20: Die USA auf dem Weg zu den Präsidentschaftswahlen

Beiträge rund um den US-Wahlkampf und die Entwicklungen in der US-amerikanischen Politik und Gesellschaft.

boell.de/route20

Transatlantik

Artikel und Analysen zum transatlantischen Sicherheitsdialog, zum globalen Umwelt- und Klimaschutz sowie zur ökonomischen Globalisierung und ihrer Rezeption weltweit. Auch Fragen der Geschlechterdemokratie sowie innenpolitische Herausforderungen in den USA, wie z.B. die Bekämpfung der Waffengewalt, werden aufgegriffen.

boell.de/de/dossier-transatlantik

Projekte

Außen- und sicherheitspolitischer Dialog

Washington, D.C. ist ein Zentrum transatlantischer und globaler außen- und sicherheitspolitischer Debatten. Unser Büro in Washington organisiert Konferenzen, Fachgespräche und Dialogreisen, um die Bedeutung der EU als strategischer Partner der USA deutlich zu machen und einen wertebasierten transatlantischen Dialog zu fördern. Zusammen mit den Stiftungsbüros in der EU und den angrenzenden Ländern greift es aktuelle Themen auf, wie z.B. die US- und EU-Politik gegenüber der Ukraine, den Syrien-Konflikt oder den Umgang mit dem gemeinsamen NATO-Partner Türkei. Dabei liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der Einbindung von Stimmen und Perspektiven der Zivilgesellschaft sowie auf der Stärkung feministischer außenpolitischer Perspektiven.

Transatlantic Partnership on Memory, Responsibility, and Transformation

Das Projekt in Kooperation mit der University of Virginia will Studierende dazu anregen, die Geschichte ihrer Universität, des Bundesstaats Virginia und der USA neu und kritisch zu hinterfragen. Einbezogen werden deutsche Erfahrungen im Umgang mit der Vergangenheit: Deutsche Gäste, die sich in unterschiedlichen Disziplinen mit der Aufarbeitung von Geschichte beschäftigen, stellen ihre Arbeit vor und entwickeln mit Studierenden der University of Virginia Projekte zum Umgang mit der lokalen Geschichte. Eine Erweiterung des Projekts in Form eines kritischen Austauschs zum Umgang mit der deutschen Kolonialgeschichte ist geplant.

Transatlantic Media Fellowships

Unser Büro in Washington vergibt Stipendien für Reportage- und Rechercheisen. Das Programm richtet sich an (Nachwuchs-)Journalist/innen aus der EU und den USA, die jeweils von der anderen Seite des Atlantiks berichten. Ziel ist es, eine unabhängige und breite transatlantische journalistische Berichterstattung zu fördern.

Netzwerk «Grow the Future»

Das vom Büro Washington initiierte Netzwerk ermöglicht es jungen Aktivist/innen aus Deutschland und den USA, internationale Kontakte aufzubauen, sich in den politischen Diskurs einzubringen und gemeinsam zukunftsfähige Lösungen für die Herausforderungen durch Klimawandel und Migration zu entwickeln.

Dialog über eine gerechte Transformation von Kohleregionen

Der Übergang in eine postfossile Zukunft ist ohne einen Ausstieg aus der Kohle nicht zu schaffen. Um diesen zu beschleunigen und einen gerechten Strukturwandel von Kohleregionen zu befördern, arbeitet unser Büro in Washington mit einem Netzwerk lokaler Akteur/innen aus Montana, Kentucky, Virginia, West Virginia, Pennsylvania und New York zusammen, die sich für Arbeitnehmer/innen-

Rechte, Gesundheitsaspekte, Umweltschutz und eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung einsetzen.

Dialog zu Technologie- und Digitalpolitik

Ein transatlantisches Programm der Büros in Washington, Brüssel und Berlin bearbeitet digitale Governance-Fragen, die sich sowohl an Kriterien der Nachhaltigkeit orientieren als auch individuelle Rechte stärken. Gemeinsam entwickeln Fachleute aus der europäischen und US-amerikanischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft Fragestellungen und politische Konzepte für eine «Digitalization for People, the Public, and the Planet».

Dialog zu Migration

In den USA wie auch in Deutschland attackieren Rechtspopulisten eine weltoffene Migrationspolitik. Unser Büro in Washington hat verschiedene Projekte initiiert, um Ressentiments gegen Migrant/innen abzubauen und deren Situation zu verbessern, darunter ein Austausch unter Kommunalpolitiker/innen aus Deutschland und den USA zu der Frage, wie mit einer kritischen Bevölkerung besser kommuniziert und eine Willkommens-Infrastruktur für Migrant/innen und Geflüchtete aufgebaut werden kann. Ein anderes Beispiel ist die Unterstützung des «Transatlantic Migrant Democracy Dialogue» zur Förderung und Stärkung migrantischer Perspektiven in politischen Entscheidungsprozessen.

Veranstaltungsreihe

«Transatlantic Breakfast»

Bei diesen regelmäßig stattfindenden Fachgesprächen unseres Nordamerika-Referats in Berlin werden aktuelle transatlantische Themen diskutiert. Auf Inputs nordamerikanischer Expert/innen und deren europäischer Counterparts folgen offene Diskussionsrunden für alle Teilnehmenden. Abgedeckt wird ein breites Themenspektrum – von den anstehenden US-Wahlen bis zu Cybersicherheit im transatlantischen Kontext



Desto mutiger müssen wir träumen

Text: Lin Hierse

Ich wollte immer nach New York. Diese Stadt ist so ein Sehnsuchtsort, der nicht mal dadurch uncool wird, dass Millionen andere Menschen ebenfalls ihre Träume und Erwartungen in sie hineinpressen. Wie macht sie das? New York ist Projektionsflächenmainstream, aber merkwürdigerweise ist das egal. Egal, ob andere sich auch vorstellen, mit Papiertütenschnaps auf einer Feuerleiter zu sitzen, weil wir das in unzähligen Serien gesehen haben. In meinem Film wäre ich trotzdem die Einzige gewesen: Die Einzige, die den Mut aufbringt, sich ins Ungewisse zu stürzen. Die ein winziges Apartment in Chinatown bezieht, sich tagsüber in endlosen Hochhausschluchten verläuft, abends vor Heimweh fast umkommt, aber morgens ihr Glück wieder kaum fassen kann. In New York wäre ich eine der vielen gewesen, die alles tun, um eine der wenigen zu werden. In Deutschland war es immer andersherum.

Ich wollte nach New York, also sparte ich Geld und kaufte ein Flugticket. Wenn ich heute von dieser Reise erzähle, nenne ich folgende Eckpunkte: ein überteuertes Zimmer in einem katzenhaarigen Airbnb in Bushwick. Eine unverhoffte Rooftop-Party mit Lichterketten, Liveband und Blick auf die Skyline. Eine Radtour nach Long Beach auf einem knallroten Singlespeed namens Lobster. Schlendern durchs MoMA. Schlendern durch den Central Park. Ein wahrhaftiger Turm aus Pancakes, von denen der Ahornsirup tropft, und ein echter Milkshake in einem echten Diner während des Roadtrips durch Vermont. Was war zuerst da, all die Filme oder dieser Ort? Wieder egal. Das alles verzaubert dich, wenn du jung und verliebt bist.

Aber dann wirst du erwachsen, und je erwachsener man wird, desto weniger will man in die USA. Weil Erwachsenwerden immer von diesem unsäglichen Realismus begleitet wird, vom «Sehen, was ist». Was in den USA ist? Donald Trump. Idioten mit Handfeuerwaffen. Ein kaputtes Gesundheitssystem. Turbokapitalismus.

Polizeigewalt. Und auch viel zu teures Gemüse. Je älter man wird, desto weniger kann man diesen Dingen aus dem Weg gehen. Wer älter wird, verlernt das Träumen ohne aber. New York ist magisch, aber ich habe noch nie so viele Obdachlose gesehen. Dieser Roadtrip durch Vermont war atemberaubend, aber dann haben sie im Radio vom 21. school-shooting berichtet.

Wer die Gleichzeitigkeit von Glück und Schmerz nicht erträgt, begräbt die USA-Liebe und kuschelt sich ins europäisches Erhabenheitsgefühl ein. Hier ist auch nicht alles gut, aber immerhin besser. Extreme sind weniger extrem, Wegschauen ist ein bisschen einfacher – noch. Hier bleiben wir realistisch und machen uns keine falschen Hoffnungen. Aber was, wenn man sich nicht nur keine falschen, sondern gar keine Hoffnungen mehr macht?

Der American Dream ist entsetzlich und fantastisch zugleich, aber er ist ein Traum – und genau deshalb kann ich nicht ganz loslassen. Je erwachsener man wird, desto mutiger muss man träumen. Nicht, um die eigenen Ansprüche runterzuschrauben, sondern um nicht gleich wegzulaufen, wenn man auf den Boden der Realität knallt. Auch deshalb brauchen wir die USA, und die USA brauchen uns Träumende: Um weiter auf das Allergrößte zu hoffen, against all ugly odds.

Lin Hierse ist taz-Redakteurin und Kolumnistin («Chinatown»).

Der besondere Tipp

Online-Veranstaltungen

Umkämpfte Natur

Online-Seminar-Reihe ab Ende August zu Landnutzung, Klimaschutz und neuen Gentechnologien im Kontext der Debatte über den Schutz biologischer Vielfalt

Generation Klima

Einmischen für eine lebenswerte Zukunft

Online-Kongress, Freitag, 25. September 2020

Menschen unter 30 stellen verschiedene Möglichkeiten vor, Zukunft selbst zu gestalten und sich einzumischen.

#grz20: Was ist die grüne Erzählung von Veränderung?

Online-Konferenz, Freitag/Samstag, 30./31. Oktober 2020

Gespräche, Präsentationen und Debatten mit prominenten Gästen aus Politik, Wissenschaft und Kultur sowie Online-Seminare zur grünen Geschichte

Anmeldung unter:
calendar.boell.de

Podcasts

Alle fürs Klima – plastikfrei und unverpackt (2/4)

Plastik wird zu 99 Prozent aus fossilen Brennstoffen wie Kohle, Öl und Gas hergestellt. In dieser Ausgabe von «Alle fürs Klima» geht es um den Lebenszyklus von Plastik und die durch Plastik entstehenden Treibhausgase. Denn die sind enorm: Sie machen 13 Prozent des Maximalbudgets zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels aus. Doch der Markt wächst weiter, gerade während der Corona-Krise.

25 Jahre nach der Peking-Deklaration

Die Peking-Deklaration zur Gleichberechtigung der Geschlechter war ein Meilenstein für die weltweite Frauenbewegung. Doch es gibt auch Kritik an diesem Dokument. Zu eurozentristisch, zu realitätsfern, zu ungenau. Frauen aus Kambodscha, Kenia, Südafrika, Brasilien und Deutschland sprechen über die Rolle, die Intersektionalität in ihrem Kampf um mehr Gleichberechtigung spielt, und inwieweit sie als Methode für die Überarbeitung der Peking-Deklaration hilfreich sein könnte.

boell.de/podcasts

Böll.Fakten

So kommen wir besser voran

Die Klimakrise, die Schadstoffbelastung und die fehlende Anbindung ländlicher Räume an öffentliche Verkehrsmittel machen eine bessere Mobilität notwendig. Das neue «Böll. Fakten» zeigt in prägnanter, anschaulicher Form 15 Herausforderungen und Lösungen für eine entspannte, klimaschonende, gesunde und sichere Fortbewegung der Zukunft.

boell.de/de/product-series/boellfakten

Schriftenreihe Ökologie

Der Preis auf CO₂

Über ein wichtiges Instrument ambitionierter Klimapolitik

Angesichts der sich beschleunigenden Klimakrise ist die Bepreisung von CO₂ ein erstes Mittel der Wahl, um den Ausstoß von CO₂ entscheidend zu verringern. Der Klima- und Energieexperte Felix Matthes zeigt in seiner Studie den Weg einer funktionierenden wie wirksamen CO₂-Bepreisung.

boell.de/de/2020/07/02/der-preis-auf-co2

Online-Dossier

Aufbruch für Europa in Zeiten der Krise

Deutschland übernimmt am 1. Juli 2020 für ein halbes Jahr den EU-Ratsvorsitz. Die Bundesregierung hat eine große Aufgabe vor sich. Sie muss sich den aktuellen Herausforderungen der Corona-Pandemie stellen und auch Kompromisse für drängende Fragen wie der gemeinsamen Asylpolitik und der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit finden.

on.boell.de/mb

E-Paper

Öffentlich-rechtliche Medien: Auskunft zu einigen häufig gestellten Fragen

Volker Grassmuck, exzellenter Kenner der globalen Medienlandschaft, gibt mit diesem durchaus kritischen Papier eine Übersicht über die Funktionsweise und die vielfältigen guten Gründe für den Fortbestand öffentlich-rechtlicher Medien.

Er macht deutlich, wie wichtig sie für die Vielfalt und die Meinungsfreiheit in der Gesellschaft sind und welche Rolle sie beim Zusammenwachsen Europas spielen können.

boell.de/de/2020/06/30/oeffentlich-rechtliche-medien

Impressum

Herausgeberin

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Schumannstraße 8, 10117 Berlin
T 030 – 2 85 34 – 0

F 030 – 2 85 34 – 109

info@boell.de

www.boell.de

Annette Maennel (V.i.S.d.P.)

Konzept und fachliche Beratung

Bastian Hermisson, Marc Bertold

Redaktion

Elisabeth Schmidt-Landenberger
Martin Reichert

Redaktionsassistentz

Susanne Dittrich

Art Direktion / Gestaltung

State, Berlin
www.s-t-a-t-e.com

Umschlagsfotografie

Dianan Zeyneb Alhindawi / NYT/
Redux/laif

Druck

Ruksaldruck GmbH Berlin

Papier

Umweltpapier + Umweltsiegel

Bezugsbedingungen

Zu bestellen bei oben genannter Adresse
Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative Commons Lizenz:
CC BY-NC-ND 4.0
Fotos und Illustrationen wie angezeigt



twitter.com/boell_stiftung
facebook.com/boellstiftung
youtube.com/user/boellstiftung
soundcloud.com/boellstiftung
flickr.com/photos/boellstiftung
instagram.com/boellstiftung/

«Eine starke transatlantische Partnerschaft erscheint vielen als eine Selbstverständlichkeit – das muss aber nicht unbedingt so bleiben. Die transatlantische Beziehung in ihrer gegenwärtigen Form bedurfte Jahrzehnte enger Zusammenarbeit und gegenseitiger Vertrauensbildung. Leider haben uns die vergangenen Jahre gezeigt, wie zerbrechlich sie ist und wie leicht jahrzehntelange Bemühungen und Fortschritte zunichtegemacht werden können.»

Böll.Thema 20-3

Transformer – Transatlantische Beziehungen im Wandel

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk mit weit über 100 Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Sie ist damit Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit

den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Organisatorisch ist die Heinrich-Böll-Stiftung unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 33 Auslandsbüros ist sie weltweit gut vernetzt. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgt sie gern und möchte andere anstiften mitzutun.

www.boell.de

Hier geht's zur Online-Ausgabe

